

**Die Dialektik von Entspannung und individuellen
wie kollektiven Menschenrechten in der zweiten
Phase der Entspannungspolitik**

"Die Dialektik von Entspannung und individuellen wie kollektiven Menschenrechten in der zweiten Phase der Entspannungspolitik"

Einführung in das Seminar

Liebe Gäste,

Die Ebert-Stiftung hat mich gebeten, für dieses Seminar die Einführung und die Diskussionsleitung zu übernehmen. Mein Ziel wird sein, alle Teilnehmer zu Freunden der Friedrich-Ebert-Stiftung zu machen. Mein Ziel und das meiner teilnehmenden sozialdemokratischen Freunde wird nicht sein, alle Teilnehmer zu Sozialdemokraten zu machen.

Es geht uns um ein Gespräch, das streckenweise sicher strittig sein wird, nicht um Propaganda fidei. Wir wollen darum auch keine Texte zur Abstimmung vorlegen. Wir sollten unsere Zeit nicht mit Redaktionsarbeit vergeuden. Alle Teilnehmer haben aber die Möglichkeit und haben teilweise davon auch schon Gebrauch gemacht, hier Papiere zu Themen im eigenen Namen vorzulegen. Wir Sozialdemokraten legen vier Aufsätze aus der "Neuen Gesellschaft" der Jahrgänge 1985 und 1986 aus, die für die Friedrich-Ebert-Stiftung Anregung waren, ein solches Seminar durchzuführen.

In diesen Aufsätzen geht es um das Verhältnis von Frieden und Freiheit als Ziel der Entspannungspolitik. In der ersten Diskussionsrunde ging es um eine Kritik am Interkirchlichen Friedensrat der Niederlande und die Antwort des IKV. Beide Kontrahenten, Ton Veerkamp und Jan Faber sind heute unter uns.

Dann ging es um eine Diskussion zwischen SPD und IKV über Entspannungspolitik "von oben" und "von unten". Diese Diskussion wurde von einem Vertreter der Solidarnoc erweitert um die Frage, ob die SPD den Entspannungsdialoog nur mit den kommunistischen Regimen oder auch mit den gesellschaftlichen Kräften in den Ländern Osteuropas führe.

Seit jener Diskussion hat sich vieles geändert, nicht zuletzt, daß Gorbatschow Generalsekretär der KPDSU geworden ist und seine Politik von Glasnost und Perestroika in Gang gesetzt hat.

1. Ich will zur Einleitung versuchen, die heutige Fragestellung aus meiner Sicht, meiner sozialdemokratischen Sicht zu umreißen.

Ich gehe davon aus, daß die von Willy Brandt eingeleitete Entspannungspolitik der SPD dem Grunde nach positiv beurteilt wird. Selbst die deutschen Christdemokraten nähern sich jetzt langsam unserer Linie. Man hat der ersten Phase der Entspannungspolitik aber zwei Fehler oder Schwächen vorgeworfen:

a) es sei ihr nicht gelungen, die Idee der Entspannung durch Abrüstung und Rüstungskontrolle auch im militärischen Bereich durchzusetzen. Das ist richtig. Es muß jetzt in der zweiten Phase der nachgeholt werden. Auf die Dauer kann es kein Nebeneinander von Entspannung und Wettrüsten geben. Die Frage, wie der Abrüstungs- und Rüstungskontrollprozeß nach dem INF-Vertrag weitergeführt werden soll, ist das eine Thema, das wir uns für dieses Seminar vorgenommen haben.

b) Die SPD habe in der ersten Phase der Entspannungspolitik die Fragen der Menschenrechte im Ostblock nicht offensiv aufgegriffen und die kritischen gesellschaftlichen Kräfte in Osteuropa nicht offen unterstützt. Dabei ist das humanitäre Engagement der SPD, das in vielen Tausenden von Fällen Glück und manchmal auch Leben von Menschen retten konnte, unbestritten. Die humanitäre Hilfe erschöpft aber nicht das Thema Menschenrechte und die Verwirklichung der Menschenrechte erschöpft nicht das Thema der gesellschaftlichen und politischen Reform. Kann das "Europäische Haus" so wird gefragt, von Regierungen allein gebaut werden, oder bedarf es nicht

auch der Mitwirkung der Gesellschaft, der *societas civilis*, der *civil society*, der *société civile*? Das soll das zweite Thema unseres Seminars sein.

2. Hat die SPD insoweit in der ersten Phase der Entspannungspolitik Fehler gemacht oder Schwächen gezeigt? Ich möchte das schon darum verneinen, weil sich diese Frage zu Beginn der Entspannungspolitik gar nicht gestellt hat. Die ideologische Frage, die den Sozialdemokraten zu Anfang der Entspannungspolitik im Westen gestellt wurde, lautete vielmehr, ob wir durch unsere Ostpolitik nicht den Kommunismus ins Land holen würden. Die Konservativen in der Bundesrepublik und anderswo im Westen argumentieren völlig defensiv. Wir Sozialdemokraten, die wir von den Kommunisten etwas mehr wissen als die Konservativen, waren dagegen von Anfang an überzeugt, daß das "ideologische Risiko" der Entspannungspolitik - in Wirklichkeit ist es eine Chance - auf Seiten der kommunistischen Regime liegt. Außerdem konnte die Entspannungspolitik nicht direkt an die Auseinandersetzung der Ideologien und Gesellschaftssysteme anknüpfen. Anknüpfungspunkt war vielmehr die in West und Ost wachsende Einsicht, daß ein Atomkrieg keine Sieger kennen, sondern den Untergang ganzer Länder, wenn nicht unseres ganzen Planeten heraufbeschwören würde - ein Gedanke, der sich jetzt auch im neugefaßten Programm der KPdSU wiederfindet. Von diesem gemeinsamen Überlebensinteresse her wurde eine Politik des Gewaltverzichts entwickelt, die wir jetzt zu einer Politik der gemeinsamen Sicherheit fortentwickeln wollen, in Abkehr von einer Politik und Strategie der "mutual assured destruction". Gemäß Willy Brandt's Wort: "Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts", muß der Sicherung des Friedens Priorität eingeräumt werden. Jenseits des Friedens gibt es, um Gustav Heinemann zu zitieren, keine Existenz und daher auch keine Auseinandersetzung der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme und Ideologien.

Es war daher folgerichtig, den Versuch, Mißtrauen abzubauen und Vertrauen zu bilden, im Bereich von Sicherheit und Frieden anzusetzen. Daß dieser erste Ansatz ein "gouvernementaler" sein mußte, liegt auf der Hand.

3. Der Friedenssicherung Priorität einzuräumen, hat für uns Sozialdemokraten aber nie bedeutet, daß sich Entspannungspolitik darin erschöpfen könnte. Friede ist das erste, aber nicht das alleinige Ziel. Uns Sozialdemokraten ging es mit unserer Ostpolitik von vornherein darum, die

Teilung Europas, wie sie sich als Folge des Hitlerkrieges und als Folge der Ost-West-Konfrontation herausgebildet hat, zu überwinden.

Das kann aber, entgegen manchen konservativen Ansichten, nicht durch eine "Befreiung" Ost-Europas durch den Westen geschehen. Das ist nicht nur illusorisch, sondern ein Spiel mit dem Krieg. Wir Sozialdemokraten sind zu der Erkenntnis gekommen, daß wer den politischen status quo in Europa ändern will, den territorialen status quo, wie er sich als Folge des Hitlerkrieges ergeben hat, anerkennen muß. Ich weiß nicht, ob all unseren ausländischen Freunden und Betrachtern klar ist, wieviel Mut und Kraft die deutschen Sozialdemokraten aufbringen mußten, um diese Einsicht gegen alle konservativen Widerstände in der Bundesrepublik durchzusetzen.

Es kann also nicht darum gehen, die heute in Europa bestehenden Grenzen noch einmal zu ändern, sondern es muß - um Bundespräsident von Weizsäcker zu zitieren - darum gehen, ihnen ihren trennenden Charakter zu nehmen.

4. Auf dieser Basis - Anstreben gemeinsamer Sicherheit bei Anerkennung des gegebenen territorialen status quo - hat die Entspannungspolitik schon in ihrer ersten Phase erhebliche gesellschaftliche Wirkungen gezeigt. Über alle Unterschiede zwischen den osteuropäischen Ländern hinweg hat unsere Entspannungspolitik "von oben", wie unsere Kritiker sagen, schon in ihrer ersten Phase zweierlei bewirkt: Sie hat den osteuropäischen Staaten mehr politische Bewegungsfreiheit in ihrem Block verschafft und sie hat innerhalb der Länder des Ostblocks die Bedingungen zur Bildung, Artikulierung und Vertretung gesellschaftlicher Interessen und Meinungen entscheidend verbessert. Wenn wir ehrlich sind: Keiner von uns hat es vor 20 Jahren angesichts des "Eisernen Vorhangs" für möglich gehalten, daß die Entspannungspolitik in so kurzer Zeit zu so großen Erfolgen führen würde. Ich denke dabei nicht nur an den millionenfachen Besucherverkehr und sonstigen Austausch zwischen Ost- und Westeuropa, ich denke auch an die zunehmende Bildung und Äußerung gesellschaftlich selbständiger Gruppen und Meinungen in Osteuropa einschließlich der Sowjetunion.

Nach unserer Meinung hat also die erste Phase der Entspannungspolitik die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß in einer zweiten Phase auch die gesellschaftlichen Kräfte in den Entspannungsdialog einbezogen werden

können. Ich habe daher schon 1979 in dem von Jürgen Habermas herausgegebenen Band 1000 der Edition Suhrkamp geschrieben: so wie die äußere Dimension der Entspannungspolitik Frieden heißt, so heißt ihre innere Dimension Reform.

5. Die Frage von gesellschaftspolitischen Reformen in Europa, in Ost und West, steht im Spannungsfeld der Auseinandersetzung der beiden Ideologien und Gesellschaftssysteme. Dabei ist zu beachten, daß die Änderungen im sicherheitspolitischen Bereich die ideologischen und gesellschaftlichen Unterschiede zwar nicht aufheben, aber auch nicht unberührt lassen. Weder Ost noch West können sich heute z.B. eine Lehre vom gerechten Krieg leisten. Diese notwendige Rückwirkung aus dem sicherheitspolitischen in den ideologischen Bereich gilt es bewußt zu machen, damit die beginnende ideologische und gesellschaftliche Diskussion zwischen den beiden Systemen nicht von Dogmatikern als ideologischer Verrat stigmatisiert werden kann.

Hinsichtlich der Diskussion von Regierungen und Parteien mit gesellschaftlichen Gruppen z.B. Friedens- und Umweltgruppen, ist zu beachten, daß der Friedenssicherung nach wie vor Priorität gebührt, d.h., daß wir diese Diskussion so führen müssen, daß es nicht zu Rückschlägen im Bereich von Rüstungskontrolle und Abrüstung kommt. Wer diese Diskussion im Westen mit der Zielrichtung führt, unser Gesellschaftssystem auf Osteuropa "auszudehenen" oder z.B. die DDR der Bundesrepublik gesellschaftlich "anzugliedern", der handelt so wenig realistisch wie diejenigen konservativen Kräfte, die im Kalten Krieg mit dem Gedanken einer militärischen Befreiung "besetzter Gebiete" gespielt haben.

In diesem Bereich besteht zwischen einer Partei wie der SPD, die die Ergebnisse ihrer Entspannungspolitik und nicht nur ihren guten Willen zu verantworten hat, und den Wünschen großer Teile der Gesellschaften in den osteuropäischen Ländern eine nicht aufhebbare Spannung. Das hat sich vor 20 Jahren im "Prager Frühling" genauso gezeigt, wie 12 Jahre später in der Entwicklung in Polen.

Wenn es auch zwischen uns Meinungsverschiedenheiten gibt, sollten wir doch versuchen, unsere unterschiedlichen Positionen besser zu verstehen. Ich persönlich habe darin ein gewisses Training, da ich mit einer Tschechin verheiratet bin, die als junge Studentin auf der Seite Dubceks gestanden hat

und dann ihre Heimat verlassen mußte. Und ich sage auch hier noch einmal: Von der Solidarnocs trennt uns sicher nicht das Eintreten für freie Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer. Von ihr - oder richtiger von Teilen von ihr - hat uns 1980 die Einsicht getrennt, daß Polen damals nicht vor der Alternative Jaruzelski oder Walesa stand, sondern vor der Alternative Jaruzelski oder die Sowjets.

Das Problem stellt sich übrigens nicht nur in solchen dramatischen Situationen. Es stellt sich z.B. auch in der Frage der wirtschaftlichen und finanziellen Kooperation. Sollen wir wirtschaftlich helfen, obwohl das natürlich auch die kommunistischen Regime stabilisiert, oder sollen wir das sein lassen auf Kosten der osteuropäischen Völker? Ich bin der Meinung, wir sollten es nicht sein lassen und wäre froh, wenn wir auf diesem Gebiet endlich wieder mehr täten.

6. Auch die Regierungen in Osteuropa haben begriffen, daß in der zweiten Phase der Entspannungspolitik der Dialog der Ideologien neben die Politik der gemeinsamen Sicherheit treten muß. Dies kommt am deutlichsten in dem von der SPD und der SED erarbeiteten Papier "Die gemeinsame Sicherheit und der Streit der Ideologien" zum Ausdruck. Die Ereignisse in der DDR seit dem 17. Januar, der großen Kundgebung zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht haben zugleich gezeigt, wie schwer es dem SED-Regime fällt, sich an das in diesem Papier Vereinbarte zu halten. In dem Papier heißt es, daß beide Gesellschaftssysteme sich nicht nur Friedensfähigkeit, sondern auch Reformfähigkeit zugestehen und daß eine Diskussion über die Vorteile und Nachteile des einen wie des anderen Systems nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der beiden Gesellschaftssysteme möglich sein muß.

Mit dieser Verabredung, die eine Notwendigkeit ausdrückt, ist es unvereinbar, wenn Angehörige kritischer Gruppen in der DDR eingesperrt oder des Landes verwiesen werden. Mit dieser Verabredung ist es unvereinbar, daß Bundestagsabgeordneten die Einreise in die DDR verwehrt wird. Mit dieser Verabredung ist es unvereinbar, daß die DDR-Führung versucht, der SPD vorzuschreiben, den Dialog über Entspannung und das gemeinsame Haus nur mit solchen Kräften in der DDR zu führen, die der SED-Führung genehm sind. Das von Michail Gorbatschow beschworene

Europäische Haus kann nicht dadurch errichtet werden, daß die einen das Haus bauen und die anderen Mauern in die Flure und Treppenhäuser.

Ich bedaure daher auch außerordentlich, daß einige der von der Friedrich-Ebert-Stiftung eingeladenen Personen wie z.B. Herr Hajek aus der CSSR oder Herr Geremek aus Polen hier nicht teilnehmen können, weil sie wieder einmal keine Ausreisegenehmigung erhalten haben. Ich bin überzeugt, ihre Teilnahme an einem Dialog, wie wir ihn hier führen wollen, würde der Entspannung zugute kommen. Die Tatsache, daß die Sowjetunion auf diesem Seminar gar nicht vertreten ist, bin ich geneigt, eher der Überbeanspruchung durch die Politik der Perestroika und der nahenden Allunions-Konferenz als einer negativen Grundhaltung zuzuschreiben. Schließlich haben erst vor kurzem die internationalen Helsinki-Gruppen die Sowjetunion besucht und dabei auch mit sowjetischen Friedensgruppen sprechen können.

Unsere Verurteilung der repressiven Praktiken, die in den Vorgängen in der DDR wie in dem Ausschluß bestimmter Personen von unserem Seminar zum Ausdruck kommen, heißt nicht, daß wir "linkages" zwischen Friedenssicherung und Reformdialog knüpfen wollen. Da die Entspannungspolitik neben der Friedenssicherung aber - wie die Helsinki-Schlußakte und der KSZE-Prozeß zeigen - nicht nur den Bereich der Sicherheitspolitik, sondern auch den der wirtschaftlichen und technischen Kooperation, den der Information und den der Menschenrechte umfaßt, ist offensichtlich, daß wirtschaftliche, technische, ökologische Zusammenarbeit zwischen Ost und West - und zwar gerade auch aus der Sicht der osteuropäischen Staaten selbst - von der Frage der gesellschaftlichen Reformen nicht zu trennen ist. Das zeigt auch die Entwicklung und die Reformdiskussion in diesen Ländern.

Mit dem Bindestrich-Dogmatismus des sogenannten Marxismus-Leninismus sind unseres Erachtens die gesellschaftlichen Probleme der osteuropäischen Länder - und zwar ganz unabhängig von der Existenz des westlichen Gesellschaftssystems, mit dem sie konkurrieren müssen - nicht zu lösen. Der Wettbewerb mit dem westlichen Gesellschaftssystem spitzt das Problem nur zu. In diesem Zusammenhang sage ich noch einmal, daß ich unter Reformdialog als Teil des Entspannungsprozesses nicht die "gesellschaftspolitische Eingemeindung" Osteuropas in das westliche Gesellschaftssystem verstehe.

Die SED hat ihre vom westlichen System unterschiedliche Position in dem Papier mit der SPD dahin umschrieben, daß für sie "die Überführung der wichtigsten Produktionsmittel in Gemeineigentum und die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen das Fundament umfassenden demokratischer Rechte" sei. Da gleichzeitig in der Sowjetunion und Osteuropa um größere Flexibilität im Management der vergesellschafteten Produktionsmittel und um die Einführung von Marktelementen gerungen wird, müssen die östlichen Gesellschaften die Frage des Verhältnisses von bürokratischer Zentralisation und Flexibilität, von Plan und Markt neu beantworten.

Wir im Westen müssen umgekehrt die Frage beantworten, wie wir bei Privateigentum an den Produktionsmitteln - in dem eine Art gesellschaftlicher Gewaltenteilung liegt - dem aus der Wirtschaftsmacht entspringenden gesellschaftlichen Einfluß in politischer, sozialer und ökologischer Hinsicht unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwohl Grenzen setzen.

Der Osten muß, wenn er "die politische Macht der Arbeiterklasse" zum unantastbaren Kern seiner Verfassungsordnung erklärt, Formen des Pluralismus einschließlich z.B. Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit und rechtsstaatlichen Schutzes des einzelnen und seiner Würde auf dieser Basis entwickeln. Die insofern sehr unterschiedliche Lage in den einzelnen osteuropäischen Ländern zeigt, daß die Entwicklung in dieser Richtung nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist.

Wir im Westen haben bei großem gesellschaftlichem Pluralismus und großer individueller Freiheit in unserer Gesellschaft nicht nur die Aufgabe, diese zu sichern, sondern auch, politische, staatliche und überstaatliche Handlungsfähigkeit zu sichern, um auf unsere Art mit den Problemen der technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung fertig zu werden, von denen ich hier die Massenarbeitslosigkeit nenne.

Wer aber aus Angst vor dem Meinungs-austausch und seinen Unbequemlichkeiten erneut in die Repression flüchtet, der wird unfähig werden, seine eigenen Probleme zu lösen und am Bau des Europäischen Hauses mitzuwirken

Schulden bedrohen die Sicherheit Europas

Die Schulden fressen den Sozialismus

Eine neue Bedrohung der Sicherheit in Europa?

1. Die Verschuldung führt, zur "Libanisierung" der Dritten Welt.

Die Lasten, die der Schuldendienst sehr vielen Ländern der Dritten Welt aufbürdet, führen auch zu den "günstigsten" Bedingungen dazu, daß der Lebensstandard für die Masse der Bevölkerung in diesen Ländern bis zum Ende dieses Jahrhunderts weiter dramatisch absinken wird. Man muß den Schuldendienst nicht nur in Relation zu den Exporterlösen setzen; man muß vielmehr sehen, daß Wirtschaftswachstum in diesen Ländern zunehmend im außenwirtschaftlichen Bereich erzielt wird, und daß der Schuldendienst bewirkt, daß das Wachstum in die Industrieländer transferiert wird, statt zu neuen Investitionen zu führen. Die Strukturanpassungspolitik, die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) von diesen Ländern gefordert und durch die Weltbank "finanziert" wird, begünstigt diesen Prozeß. Diese Institutionen geben zwar zu, daß die strukturelle Anpassung zunächst der Bevölkerung Opfer abverlangt, sie vertrösten uns damit, daß in diesen Ländern, wenn sie einmal auf den tugendhaften Weg einer markt- und wachstumsorientierten Politik eingeschwenkt sind, sich der Wohlstand von alleine einstellen wird wie in den westlichen Industrieländern nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir wollen hier nur festhalten, daß die unhistorische Übertragung eines Wirtschaftsmodells für Industrieländer aus den Jahren 1950-75 auf die Dritte Welt in den 80er und 90er Jahren schon an sich nicht sehr realitätsbezogen ist, und es der Phantasie der Leserschaft überlassen bleibt, was weitere Opfer für die Slumbewohner in den lateinamerikanischen Megalopolen bedeuten: Jaime Lusinchi, Venezuelas Präsident, sagte z.B. vor einigen Wochen, daß Venezuela vorerst seine Ausgaben für Bildung, soziale Sicherung, Gesundheit, Wohnungsbau und öffentlichen Verkehr nicht halten können. Die Verteilungskämpfe werden also an Schärfe zunehmen. Zur Zeit zählen wir mindestens 25 offene Bürgerkriege oder bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen in diesen Ländern. Die Tendenz ist steigend, und jeder von diesen Konflikten könnte die Keimzelle einer größeren internationalen Konfrontation werden.

2. Im Osten Europas entsteht eine Zone der neuen Armut

Vier Länder im Osten Europas sind in erheblichem Maße verschuldet und müssen nach den Maßstäben der Weltbank zu der Gruppe der höchst verschuldeten Länder gerechnet werden: Jugoslawien, Polen, Rumänien und Ungarn. Rumänien hat sich einer Politik des raschen Schuldenabbaus verschrieben mit drastischen Folgen für den Wohlstand der Bevölkerung. Auch wenn, wie geplant, Rumänien Anfang der neunziger Jahre schuldenfrei sein würde, wird das Land noch mindestens zehn Jahre - vermutlich aber viel länger - unter dem riesigen Kapitalabfluß Richtung Westen zu leiden haben. Wenn man die Maßstäbe der Weltbank zugrundelegt, gehören diese vier Länder zu der Gruppe der Schwellenländer mit mittelhohem Bruttosozialprodukt pro Kopf. Unter diesem Gesichtspunkt sind sie vergleichbar mit anderen Schwellenländern in Lateinamerika und Ostasien. Im Unterschied zur DDR, CSSR und Bulgarien, die nach diesen Maßstäben zu der Gruppe der Industrieländer gehören - mit Einkommen, die auch im Falle Bulgariens höher sind als die der EG-Mitglieder Spanien und Irland, im Falle der DDR genauso hoch wie Belgien - , sind jene vier Länder nicht fähig, aus eigener Kraft mit dem Schuldenproblem fertig zu werden. Wir werden dies am Beispiel Ungarns verdeutlichen. Die Angaben werden dem Weltentwicklungsbericht 1987 der Weltbank entnommen.

1985 betragen die Auslandsschulden Ungarns knapp 13 Milliarden US \$. Das Bruttosozialprodukt wird für dieses Jahr mit 20,7 Milliarden angegeben; die totale Verschuldung liegt daher bei 62,8 % des Sozialprodukts. Das heißt: ganz Ungarn müßte knapp acht Monate nur für den Westen arbeiten, wenn es seine Schulden auf einmal zahlen wollte. Ungarn mußte wiederholt IWF-Kredite in Anspruch nehmen, um seinen Schuldendienst leisten und kurzfristige Verbindlichkeiten (1985: 1,9 Milliarden) bedienen zu können. Allein an Zinsen mußte Ungarn 1985 792 Millionen zahlen, knapp 4 % des Sozialprodukts. Da das Wachstum aber unter 2 % liegt, bedeuten allein die Zinszahlungen schon einen Rückgang des verfügbaren Einkommens um mehr als 2 %.

Der Internationale Währungsfonds erwartet für die Gewährung von weiteren Krediten von Ungarn erhebliche Anstrengungen, seine Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt zu verbessern und seine Wirtschaft den Gesetzen, die auf

dem Weltmarkt herrschen, anzupassen. Das heißt, daß die spärlichen Mittel, die für Investitionen und Innovationen zur Verfügung stehen, fast ausnahmslos in außenwirtschaftliche Bereiche fließen. Dies erfordert die Einschränkung des privaten und öffentlichen Verbrauchs. Für die Bevölkerung heißt das, daß die Preise für Güter des primären Lebensbedarfs (wie Lebensmittel, Wohnungsmiete, öffentlicher Verkehr) ständig steigen, ohne daß diese Steigerung durch Lohnerhöhungen ausreichend kompensiert werden. Die Bezieher von Renten sind die Leidtragende dieser Entwicklung. Noch sind Bildung und Gesundheit in Ungarn von diesen Anpassungsmaßnahmen nicht betroffen, aber dies ist nur eine Frage der Zeit; der IWF verlangt überall in der Welt gerade auch in diesem Bereich "Opfer"; es ist kaum zu erwarten, daß er aus Liebe zum Sozialismus hier Ausnahmen machen wird.

Zwischenbemerkung: Die Auflagenpolitik des Internationalen Währungsfonds

Der Internationale Währungsfonds hat die Aufgabe, seinen Mitgliedsländern durch die Vergabe von Krediten bei der Überwindung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu helfen. Sind diese Schwierigkeiten groß und nicht vorübergehender Natur, erteilt der Fonds Auflagen. Diese haben zum Ziel, die internationale Zahlungsfähigkeit dieser Länder wiederherzustellen. Strategisch bedeuten diese Auflagen für die betroffenen Länder eine eindeutige Auswärtsorientierung der Volkswirtschaften, den nur auf dem Weltmarkt kann das Geld verdient werden, mit dem die Zahlungsbilanz wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Um dieses strategische Ziel zu erreichen, wird ein Maßnahmenpaket geschmiedet, das auf eine sogenannte "Reallokation von Ressourcen" hinausläuft: Kapital, das in außenwirtschaftlich nicht relevanten Bereichen gebunden ist, muß "flüssig" gemacht werden, damit es in außenwirtschaftlich relevanten Sektoren eingesetzt wird. Zu den wichtigsten Auflagen gehören:

* Abwertung der eigenen Währung; dadurch werden Importe teurer, Exporte für die Abnehmer billiger; da die meisten Länder auch lebensnotwendige Güter importieren müssen, bedeutet dies allein schon eine Herabsetzung des Lebensstandards für die Bevölkerung.

* "Deregulierung" der Waren- und Dienstleistungsmärkte; Abbau von Subventionen z.B. für Lebensmittel und die Einführung "marktgerechter" Preise. Auch dies hat Verteuerungen zur Folge. "Deregulierung" der Faktormärkte; Aufhebung von Zinsregulierung, damit nicht "künstlich" kapital- oder ertragsschwache Betriebe am Leben erhalten bleiben; Aufhebung von Regulierungen des Arbeitsmarktes (Beschäftigungseinschränkungen für Frauen und Kinder, Minimumlohnregelungen, Arbeitszeitregelungen). Auch hier bedarf es wenig Phantasie, sich vorzustellen, was dies für die ärmeren Schichten der Bevölkerung bedeutet.

* Drosselung der Staatsausgaben, sowie diese konsumptiv sind; darunter fallen zwar auch Ausgaben für Rüstung und innere Sicherheit, aber Sprecher des Fonds bemerken auf diesbezügliche Fragen immer lächelnd, daß sie die Entscheidung darüber, wo der Rotstift angesetzt werden soll, den "souveränen" Regierungen überlassen. Also darf die Leserschaft raten, wo dies dann geschieht!

Aus dieser Übersicht sieht man, daß alles dem einen Ziel, Schuldenbedingung, untergeordnet wird. Alles andere, Wachstum, Reallokation usw., ist nur Mittel zum Zweck. Die Weltbank, die ihrem Namen nach (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung), bei der Entwicklung helfen sollte, fügt sich diesem überragenden Ziel. Das Wohl der Menschen oder auch nur der "Wohlstand der Nation", wie seit Adam Smith das Ziel der Ökonomie definiert wurde, spielt überhaupt keine Rolle mehr. So vergibt die Weltbank einen wachsenden Teil ihrer Mittel für strukturelle bzw. sektorale Anpassungsdarlehen (die sogenannten SAL und SEL), mit denen die Auflagen des Internationalen Währungsfonds besser implementiert werden können.

3. Verschuldung bedeutet notwendig einen Verlust der nationalen Souveränität

Die Eckdaten für die Wirtschaftspolitik werden bei hoch verschuldeten Ländern nicht mehr von den eigenen Regierungen gesetzt, sondern von den internationalen Gläubigerkartells. Dabei spielt die innere demokratische Legitimation der nationalen Regierungen nur eine untergeordnete Rolle. Ob demokratisch gewählt oder durch einen Putsch an die Macht gekommen, die

Regierungen müssen tun, was ihnen der IWF sagt; tun sie das nicht, werden sie für kreditunwürdig erklärt, und ihre Tage sind gezählt. Das hat die bolivianische Regierung 1986 ebenso erfahren müssen wie die Regierung Jamaicas 1983.

Jahrzehntlang hat man sich im Osten Europas daran gewöhnt zu glauben, daß alles in Moskau dekretiert wurde. Tatsächlich aber ist die Abhängigkeit Ungarns von Moskau nie auch nur annähernd so groß gewesen wie die heutige Abhängigkeit vom "goodwill" westlicher Kapitalgeber. In dieser Hinsicht ist auf dem Umweg der Kredite dem Westen das gelungen, was ihm politisch-militärisch nie gelang oder gelingen konnte, die Unterhöhnung und allmähliche Überwindung des Sozialismus. Nach diesen Maßstäben ist Franz-Joseph Strauß tatsächlich ein weitsichtiger Politiker; seine Kreditpolitik kann man Kriegführung "mit anderen Mitteln" nennen.

4. Verschuldung ist nicht die Folge schlechter Politik, sondern ein Strukturelement der Machtverhältnisse im internationalen Wirtschaftssystem

Im Allgemeinen sagt man, diese Probleme seien durch die Rigidität des staatsbürokratischen Wirtschaftssystems verursacht, das nun einmal nicht flexibel genug sei, schnell auf externe Schocks zu reagieren und sich umzustellen. Tatsächlich aber sind so viele verschiedene Länder mit ganz unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen von der Entwicklung betroffen, daß mangelnde Flexibilität im Sozialismus nicht die einzige Erklärung sein kann. Man kann sagen, daß Probleme besonders gravierend sind in jener Ländergruppe, die die Weltbank unter der Aufschrift "Länder mit mittleren Einkommen, gehobene Gruppe" zusammenfaßt; unter ihnen sind auch Ölexporteure (Mexico, Venezuela). Gemeinsam ist diesen Ländern, daß sie versucht haben, schnell zu industrialisieren bzw. zu modernisieren unter Inanspruchnahme fremden Kapitals. Sie öffneten sich dem Weltmarkt. Da auf dem Markt nur kaufen kann, wer über Geldeinkommen, auf dem Weltmarkt nur der, der über "Weltgeld" verfügt, mußten die Länder ihre Volkswirtschaften auf die Bedürfnisse dieses Marktes ausrichten, damit sie eben jenes "Weltgeld" (sprich konvertierbare Währung, Dollar) verdienen können, womit sie jene Kapitalgüter kaufen können, mit denen sie industrialisieren/modernisieren können. Da sich ihre eigenen, verkaufbaren Ressourcen (Rohstoffe, Nahrungsmittel) entweder

nur bedingt absetzen ließen oder sich deren "Terms of Trade" (Austauschverhältnis zwischen einem bestimmten Quantum eines Rohstoffes und einem bestimmten Quantum eines Industriegutes) ständig verschlechterten, konnte der Industrialisierungs- oder Modernisierungsprozeß nur über Fremdfinanzierung fortgesetzt werden. Der Verschuldungsprozeß ist daher ein strukturelles Problem und erst in zweiter Instanz Folge "schlechter Politik". Natürlich gibt es "schlechte Politik": das geliehene Geld wurde in unsinnige Projekte gesteckt, für Rüstungsausgaben verpulvert, oder es verschwand auf Umwegen auf die Valutakonten der Eliten in den USA oder in der Schweiz. Aber auch ohne "schlechte Politik" wäre die Lage jetzt nicht viel anders gewesen.

Man kann daher sagen, daß nicht in erster Linie "schlechte Politik" der kreditgeber und -nehmer, sondern das Projekt einer nachholenden und nachahmenden, fremdfinanzierten Industrialisierung und Modernisierung die Hauptursache des Problems ist.

5. Die Wirtschaftsprobleme im Osten Europas lassen sich nicht durch innere Reformen und Anpassung allein lösen

Wenn das unter (4) Gesagte stimmt, drängt sich sofort die Frage auf: Haben wir es beim heutigen Reformkurs in Osteuropa mit einer Verbesserung oder gar Optimierung des Sozialismus zu tun oder mit einer Anpassung an die Erfordernisse des Weltmarktes? Da es weder ein Land noch ein System gibt, das man vollkommen nennen kann, gibt es auch immer "schlechte Politik", die verbessert werden kann und muß. Je offener Kritik vorgetragen werden kann, um so besser wird dies gelingen. Wenn es sich aber um ein strukturproblem jenes Weltwirtschaftssystems handelt, in das sich gerade einige sozialistische Länder eingliedern oder eingliedern müssen, so ist es mit inneren Reformen nicht getan. Dann steht das Ganze auf dem Spiel, und zwar in zweifacher Hinsicht. Entweder wird das Konzept der nachholenden und nachahmenden, fremdfinanzierten Entwicklung in Frage gestellt, oder der Sozialismus selber hat ausgedient. Auf einer Konferenz mit Wirtschaftsreformern aus Osteuropa einerseits und einer Reihe von westlichen Ökonomen andererseits im März 1988 im ungarischen Ort Győr erklärte der ungarische Leiter des Wirtschaftsinstituts bei der ungarischen Akademie der Wissenschaften, Jozsef Bognar, man könne nicht gleichzeitig Wirtschaftsentwicklung und Gleichheit haben, deswegen müsse das Prinzip der Gleichheit aufgegeben werden. Und der "Architekt" des ungarischen

Reformkurses, der Ökonom Reszö Nyers, sagte bei dieser Gelegenheit, daß der Ostblock "einen historischen Kompromiß" eingehen muß, "die sozialistischen Wirtschaften müssen Marktwirtschaften werden". Es scheint also, als ob man sich in Ungarn für das zweite entschieden hätte: die Verabschiedung des Sozialismus. Sehr wahrscheinlich nehmen nun die ungarischen Manager und Ökonomen als Zukunftsmodell für ihr Land den Nachbarstaat Österreich als Beispiel; das sollten sie lieber nicht tun, sondern sie sollten eher an Portugal denken, ein Land, das in Größe, Ressourcen, Sozialprodukt und Verschuldungsausmaß in einer fast identischen Position steht. Ungarn hat keine Chance, bei voller Integration in den Weltmarkt den jetzt schon bescheidenen Lebensstandard für die Masse der Bevölkerung auch nur annähernd zu halten.

6. Die Verarmung einer Reihe von Staaten im Osten Europas bedeutet eine Verschlechterung für die Aussichten, eine stabile Friedensordnung in ganz Europa zu verwirklichen

Die ungarische Opposition hat auf einer Art von Vollversammlungen der einzelnen Gruppen u.a. gefordert, daß man sich um das Schicksal der "außer die Grenzen Ungarns gefallenen Ungarn" kümmern muß. Die Teilrepubliken Slowenien und Kroatien haben gefordert, daß die Parlamente der Republiken das Recht haben sollten, die Zentralregierung in Belgrad notfalls zu entlassen. Slowenien und Kroatien gehören zum reichen Teil Jugoslawiens und lehnen es ab, die Armenhäuser der Föderation in Bosnien, Herzegowina, Kosovo und Mazedonien mitfinanzieren zu müssen. Auch anderswo in der Region tauchen unerledigte Minderheitsfragen auf, und die armenischen Unruhen haben gezeigt, daß auch die Sowjetunion, die wegen ihrer Größe und Wirtschaftskraft sich in einer anderen Lage als die kleinen Partnerstaaten an ihrer Westgrenze befindet, hier Probleme hat. Armut potenziert solche Probleme; Armut destabilisiert. So wie die Dritte Welt durch die Armut "libanisiert" wird, so könnten der Osten und Südosten Europas durch die Armut "balkanisiert" werden. Wir wären dann am Ende dieses für Europa so blutigen Jahrhunderts genau dort, wo wir am Anfang schon einmal waren. Rumänien, das sich noch als einziges Land eine brutale Methode der "Schuldenregulierung" leisten kann, indem es der Bevölkerung beispiellose Opfer abverlangt, könnte nach dem Abdanken Ceaucescus - das im nächsten Jahrzehnt zu erwarten ist - explodieren; die Drangsaliierung der

ethnischen Minderheiten in diesem Land zeigt an, wo das heutige Regime Ventile sieht.

7. Der Kampf gegen die Politik der internationalen Gläubigerkartells sollte auch die Länder im Osten Europas einbeziehen

Wir haben öfters gesagt, daß man nicht erwarten kann, auf Dauer in Frieden leben zu können, wenn die Welt ringsherum in Armut und Elend versinkt. Eine verelendete Zone im Osten Europas von Danzig bis Skopje und vom Neusiedler See bis zum Schwarzen Meer wird trotz aller Abrüstungsabkommen den Frieden möglicherweise noch ernster gefährden als Waffen und stehende Heere. Khomeini sollte uns allen ein warnendes Beispiel dafür sein, was passieren kann, wenn man ganze Völker ins Elend treibt. Weder Marxisten noch bürgerliche Diplomaten waren fähig, diesen Ausbruch des politischen Irrationalismus zu verhindern oder auch nur einzudämmen. Wir müssen, statt kritiklose Unterstützung für Dissidenten und Oppositionelle zu leisten, dafür sorgen, daß den Geldeintreibern des Pariser Klubs oder des IWF eindeutige Grenzen gezeigt werden.

Nur Gerechtigkeit kann dauerhaften Frieden bringen. Unrecht und Armut gebären Verzweiflung. Verzweiflung gebiert Fanatismus und Irrationalismus. Und diese schließlich gebären den Krieg.

Use old instruments for a new kind of policy?

I just want to risk a few questions to clarify things. The first relates to what Karsten just said and what Mike Gapes had said before. When I listen to Karsten I got the impression, that what he is trying to explain is that it is in fact possible to use old instruments in Europe for a new kind of policy. And moreover he is saying that there is a kind of a growing consensus between socialdemocratic parties and socialist parties in Western Europe. All of that I don't see. I listen to Mike saying, that they are much more skeptical in the Labour Party nowadays about the West European Union as an instrument for change. Then I look at the socialist party in France: They are the big inspirators of the new platform, which was adopted by the West European Union in October last year in The Hague. They strongly built on old instruments, many old instruments, if not to say all old instruments, and I don't see any new policy emerging out of that. Moreover, military cooperation between France and West Germany, France and Britain that's what you see, that's what these instruments are producing in fact. And so my question is, I also like to get another answer from Mike, does Mike agree, that there is a growing consensus or is he disagreeing with that. And if there is somebody from France, who can say something about that, I would like to hear that. My second question, why not creating new instruments instead of using all the old stuff? My third question is a question to Ton Veerkamp. I would have him to say something more in order to help me a little bit. You gave that example of Poland, the coal-industry, exports to the West and what was happening in West Germany (unemployment). And your conclusion was: of no use for anybody, not for the workers in West Germany, they will be unemployed, not for the workers in Poland. The only thing, it's only helpfull to solve maybe the debt problems for the Polish government. If you say that, what to do in such a situation? I mean, what kind of policy do you have? What's the most just and also feasible policy for Western countries looking at these enormous problems. What do they have to do? And do you think that it is sufficient if you say to the peace-movement, that we simply have to make it clear and to explain it to the people. I think it is necessary to find a little bit of an answer, an orientation what to do. Or what do you think about that?

Mary Kaldor

How do we manage a process of change?

Well I also wanted to comment many on what Karsten said about stability and what we mean by stability. And it also relates to the point Mient Jan made about new instruments. I think that Karsten is absolutely right to talk about the need for a mutual learning process. The point of consultations is to learn about the situation and to understand what we're doing. But I feel, there is a problem with negotiations, the same problem as in the 70s, a kind of a mislearning process. Military things are measurable and you can give some abstract set of numbers to the notion of stability. So you focus on this kind of abstract measurable military things and you turn it into a kind of game in which the language of negotiation is not the language of real politics; its the language of moves and countermoves and bargaining counters and tactics and it actually abstracts the military situation from the overall political situation, and indeed reenforces very traditional concepts of stability. In a way what negotiations in the 70s did, was to reenforce concepts of balance, concepts of numbers; that is precisely what we want to avoid. The 1970s' view of détente was not able to overcome the east-west conflict. It was a view of mutual influence and respect: you get on with what you are doing in Czechoslovakia or in Chile and we won't interfere. When Mike says détente improved the human rights situation, that's not actually true. In the long run you cannot have détente and continue with your own activities because in the long run they are contradictory. You need a conflict which in the end helps in a major way improving the situation in both halves. That is something you have to explicitly recognise. And so it seems to me that this mutual learning process has to be much broader than just negotiation, and if it is negotiation it cannot just focus on the military because that notion of stability cannot just be a notion to avoid military destabilisation.

What Ton Veerkamp said was really important in focussing on what is happening in Eastern Europe today. It's real destabilisation, deep rooted economic social and political destabilisation, and the problem is how do we manage a process of change. Stability must not mean status quo. Stability has to bring about real change, it must lead to an official opposition in Eastern Europe, I mean an official independent opposition in Eastern Europe, so that you can manage democratic change.

And that leads me to a final point which is linked to what Ton Veerkamp said. He says: we must focus on the economic problems, and I think he is absolutely right. When I start to think about economic problems I always come back to political problems. The political problems are: yes, we must democratise the IMF, it's one of the first most important things to do in solving the world's economic problems. But how do we democratise the IMF within the current security frame work? How does Europe and Japan for example take more progressive policies? And finally, how do you give aid assistance in Eastern Europe which will allow for stability in a real sense of democratic change unless you have internal political opposition in those countries? Of course we must focus on the economic issues, but it brings us back always to fundamental political issues.

Schuldenerlaß als erster Schritt

Im Grunde ist die Frage nach einer Lösungsstrategie gestellt. Ich denke diese Diskussion ist ziemlich neu. Was ich bislang an Lösungsstrategien kennengelernt habe, ist nicht sehr überzeugend. Aber es gibt eine Reihe von Elementen, über die man diskutieren muß, die alle für sich einzeln betrachtet nicht weiterhelfen, z.B. ein Schuldenerlaß. Wenn weiter nichts passiert, würde das nur bedeuten, daß die Länder eine Atempause erhalten. Ich befürworte das als ersten Schritt, aber man kann dabei nicht stehenbleiben. Man könnte auch darüber diskutieren, wie dies z.B. die GRÜNEN vorschlagen, einen Teil dieser fälligen Zahlungen in diesen Ländern zu re-investieren und zwar in Projekte, die eindeutig und auch kontrollierbar sind und die Lebensumstände der Ärmsten berücksichtigen.

Dann wird darüber geredet, daß die internationalen Mechanismen demokratisiert werden müßten. Ich habe gehört, daß die Sowjetunion Abstand davon genommen, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beizutreten, weil sie ausgerechnet hat, daß sie mit ihren Verbündeten zusammen nicht einmal auf etwa 10 Prozent der Stimmen kommt, die USA haben allein 21 Prozent; d.h. es wird für sie kein lohnendes internationales Forum sein, weil sie überstimmt werden kann. IWF und Weltbank sind UNO-Institutionen, aber sie sind merkwürdigerweise die einzigen Institutionen, wo das Prinzip "One man" oder "One Country - one vote" nicht gilt. Deswegen ist die Entscheidungsfindung in diesem Gremium so überdimensional bestimmt von den Interessen der westlichen Industrieländer. Die anderen können dort gar nicht zu Wort kommen. Da muß etwas geschehen. Aber eine kohärente Lösungsstrategie gibt es nicht. Mein Beitrag ist auch nur zu verstehen als ein Plädoyer dafür, daß wir auch in der Friedensbewegung schleunigst anfangen, diese Sachen zu diskutieren, denn sonst werden alle schönen politischen Konstruktionen, Verträge und Entspannungsfortschritte ausgehöhlt durch die ökonomischen Fakten, die innere Unruhen verursachen.

Was wird die Sowjetunion tun, wenn es in Rumänien zu einem großen, nicht mehr kontrollierbaren Volksaufstand kommt? Was hat das für

Konsequenzen für die Entspannung? Deswegen denke muß das diskutiert werden.

Bei den Schulden zu helfen, ist schon eine ganze Menge

Ich möchte ein Wort sagen zu den ökonomischen Fragen. Der erste Vorschlag zur Reform ist ja von der Brandt-Kommission gemacht worden. Und Ihr habt vielleicht gesehen, daß die Sozialistische Internationale das in Santiago weiter ausgearbeitet hat. Es ist nicht so, daß es keine Vorschläge gibt, die auch von der Dritten Welt mitgetragen würden, aber es besteht derzeit keine Chance, Mehrheiten dafür zu kriegen. Und weil das so ist, Ton Veerkamp, bin ich etwas kritisch zu sagen, wenn man sagt, na ja, da kommt "höchstens" ein Schuldenerlaß raus. Wir operieren gerade in diese Richtung. Ich will das an zwei Beispielen zeigen.

Einmal bin ich der Meinung, es ist grotesk, in welcher Weise wir Jugoslawien allein lassen. Da entwickelt sich eine vielleicht dramatische Lage an der Adria und wir tun alle so, als ob eigentlich gar nichts ist. Hier muß geholfen werden. Und wir sind dabei, im Westeuropäischen Parlament und hier in Bonn, dies zu versuchen. Es ist schon grotesk, wieviel die Europäer über Sicherheit reden, über alles, am Nordpol, am Südpol, nur die Adria ist offenbar außerhalb ihrer Betrachtung. Das ist eine schwierige Entwicklung, die sich dort vollzieht, die wir auch von außen nicht korrigieren können. Aber wenigstens helfen könnten wir. Bei den Schulden zu helfen, ist schon eine ganze Menge. Und da wir ja seit vorigen Monat einen alten Freund als Außenminister in Belgrad haben, kann das vielleicht helfen, die Europäer in Bewegung zu bringen. Wir probieren es jedenfalls.

Zweitens: Polen. Da ist es ja so, daß die Schulden, die Polen jetzt bezahlt, vereint gemacht worden sind. Giscard und Helmut Schmidt schreiben noch an ihren Memoiren, wie fleißig sie Herrn Gierek dabei beraten haben bei einer sich dann als falsch erweisenden extensiven Investitionspolitik. Die deutschen Banken haben diese Verluste längst abgeschrieben, die hat der deutsche Bankkunde bezahlt. Das war nicht soviel wie in der Dritten Welt. Aber derzeit gibt es keine deutsche Regierung, die sich sagt, wenn wir überhaupt weiterkommen wollen, dann müssen wir wirtschaftlich helfen.

Die Sowjetunion hat das Problem so nicht. Sie hat sich nicht so verschuldet, die DDR auch nicht, die waren vorsichtiger. Zwischen EG und RGW, das hat Mike Gapes angesprochen, kriegen wir ein Abkommen. Der schwierigste Punkt mag die stille Teilhaberschaft der DDR am Euromarkt sein. Wir haben ja einew wunderbare Klausel, um die jetzt gestritten wird, die "Nolime-tangere"-Klausel nennen wir sie. Sie besagt: kein bestehender Vertrag darf berührt werden von dem RGW/EG-Vertrag. Dahinter verbirgt sich, wenn ich das richtig sehe, die Frage, was in einem zukünftigen, gemeinsamen europäischen Markt die Rolle von DDR-Waren sein wird. Wir sind der Meinung, man sollte, die Stellung der DDR nicht verändern; aber, Mike lacht schon, andere Länder wollen sicher sein - nicht nur etwa in London -, daß sie in der EG außer mit italienischen etc. nicht auch noch mit DDR-Textilien zu konkurrieren haben. Das ist ein Problem. Aber ich glaube, wir kriegen den Vertrag.

Doch zurück zu Polen: Wir sollten darauf hinarbeiten, als einen ersten Schritt zu sagen: wir machen eine großzügige Schuldentilgung. Ich finde es teilweise lächerlich, was der Westen macht. Sie feilschen um alle Zinsen und am Ende kriegen sie gar nichts. In der Dritten Welt genauso. Statt das einer mal nach vorne geht und sagt, wir fangen wenigstens damit an. Aber dann kommt natürlich auch das andere: da das letzte Mal das Geld, das gegeben wurde, in den Sand gesetzt worden ist, wird man bei neuen Krediten natürlich sehr viel genauer wissen wollen was damit gemacht wird. Da berührt sich die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Frage der wirtschaftlichen Reform. Sind denn die Voraussetzungen drüben geschaffen, daß es jetzt klappen würde? Ich stimme Mary Kaldor zu, daß dieses wirtschaftliche Problem eines der zentralen Probleme werden wird.

Im Abrüstungsbercich sind wir im Augenblick dabei, ohne es recht zu merken, durch seegestützte und luftgestützte Systeme - die Aufrüstung ist in vollem Gange - den ganzen INF-Erfolg hinfällig zu machen. Wir haben uns übrigens auch nicht, Mike, zwischen den sozialistischen Partocien darüber unterhalten. Ich fürchte, wir werden uns sehr schnell darauf einstellen müssen, daß in seegestützten und luftgestützten Systemen sehr viel mehr Probleme stecken, als wir gemeint haben, als wir nur über die Beseitigung von erdgestützten Systemen gesprochen haben. Trotzdem glaube ich, gibt es da ein gemeinsames Interesse. Dagegen liegt der wirtschaftliche Bereich, wo psychologisch jetzt eine Möglichkeit besteht, im Argen. Der Osten hat

Schulden und hat keine Devisen; bei uns hat man Finanzschwierigkeiten, und eine Regierung, die über Ostpolitik redet, aber an der ökonomischen Front wenig macht. Und darum: ja, man muß den IWF reformieren, aber auch hier könnten die Europäer in ihrem eigenen Rahmen bei sich selbst beginnen, denn bis der IWF reformiert worden ist, das wird lange dauern.

Der Wettstreit darf nicht auf gegenseitige Destabilisierung angelegt sein

Der Vormittag und der Nachmittag läßt sich ja, wie sich zeigt, nicht sehr einfach trennen. Und ich bin Herrn Veerkamp sehr dankbar, daß er die Ökonomie in gewisser Weise als Bindeglied eingeschoben hat. Also vielen hier wird das Wort von Hansmann bekannt sein, ich glaube 1848 oder so im Frankfurter Parlament, daß in Geldfragen die Gemütlichkeit aufhört. Hier stecken, glaube ich, sehr ernste Probleme. Sie haben gesagt, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem die Entwicklungsländer und auch, - teilweise jedenfalls - Osteuropa, destabilisiert und gegen die Kapitalismusgläubigkeit bei manchen oder vielen von uns polemisiert. Ich möchte in einigem zustimmen.

Gorbatschow hat das Ziel oder die Absicht, die Militärausgaben zu kürzen; ich sehe auch ein Bindeglied zwischen Abrüstung und Ökonomie. Die Absicht, unser System totzurüsten und unsere ökonomische und soziale Entwicklung gerade durch die Aufrüstung zu hemmen, spricht dies wichtige Bindeglied an. Mir scheint, daß man über die Frage der Reform bei uns - und darüber werden wir heute nachmittag noch reden - nicht sprechen kann, ohne auch diese ökonomische Destabilisierung einzubeziehen. Hier ist das Beispiel Rumänien gebracht worden. Nun sind keine rumänischen Genossen hier. Aber sicherlich ist es unter ihren Bedingungen außerordentlich schwierig, mit diesen Dingen fertig zu werden. Ich glaube nicht, daß man ihnen einen furchtbar großen Gefallen tut, wenn man sagt, da müßte eine offizielle Opposition existieren und dann würde Rumänien in einer weit glücklicheren Lage sein. Ich glaube nicht, daß das die Lösung für Rumänien wäre...

(Zwischenruf: und die DDR?) ...

Ich komme noch darauf, doch doch. Wir sind ja angesprochen worden. Es ist natürlich für uns nicht einfach; wenn wir historisch zurückblicken, müssen wir ja sehen, daß der Sozialismus, zum überwiegenden Teil, in Ländern aufgebaut worden ist, die ökonomisch nicht sehr stark waren. Die Arbeitsproduktivität im zaristischen Rußland betrug nach eigenen Zahlen elf

Prozent derjenigen der Vereinigten Staaten 1913. Und sie liegt jetzt nach ihren Angaben bei 55 Prozent. Das ist eine große Entwicklung, aber natürlich ein Rückstand. Und daß wir auch einen Rückstand gegenüber der BRD in der Arbeitsproduktivität haben, ist bei uns ja auch gesagt worden. Und das macht die Dinge natürlich nicht einfach, unter diesen Bedingungen eine andere Gesellschaftsordnung aufzubauen. Insofern scheint mir die Lösung der ökonomischen Probleme eine zentrale Frage für uns zu sein, wenn wir politische Veränderungen wollen; sicherlich haben sich politische Veränderungen in der DDR vollzogen; ich glaube, daß das nicht bestritten wird; sie werden sich weitervollziehen. Aber mir scheint, man sollte an diese Veränderungen nicht den Maßstab anwenden, ob wir uns dem westlichen politischen System nähern, wann wir nun endlich ein richtiges Zweiparteiensystem haben werden. Aber ich glaube, daß unsere politischen Veränderungen daran gemessen werden müssen, wie sie das Volkseigentum besser nutzen. Es steht ja im gemeinsamen Dokument zwischen SPD und SED im Grunde drin, daß der Wettbewerb eigentlich darum geht, ob unter den Bedingungen des Volkseigentums oder unter der Bedingung des kapitalistischen Eigentums sich mehr für die Menschen entwickelt. Ich sage das mal etwas verkürzt, aber so steht ja eigentlich drin. Und diesen Wettbewerb wollen wir austragen, obwohl wir wissen, daß unsere Ausgangsposition historisch die schlechtere ist.

Ich halte es für ganz wichtig, was hier gesagt worden ist heute und was Herr Ehmke in seinem Artikel in der "Neuen Gesellschaft" Heft 12/87, der uns hier eben draußen gegeben wurde, geschrieben hat, daß nämlich der Wettstreit nicht auf gegenseitige Destabilisierung angelegt sein darf. Nun bin ich eben nicht ganz sicher, ob es nicht Kräfte in der Bundesrepublik gibt, die uns wirklich destabilisieren wollen. Keiner kann für den anderen sprechen und jeder spricht in gewisser Weise für sich. Ich bin Mitglied der SED, wie hier viele Mitglied sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien sind, aber es gibt unzweifelhaft Leute, die uns wirklich destabilisieren wollen und ich weiß nicht, ob es da viel hilft, wenn man sagt, das oder das war repressiv. Die DDR hat eine komplizierte Geschichte, eine Geschichte - man kann das z.B. bei Gaus nachlesen - die die Generation, der ich angehöre, geprägt hat. Wir waren eben bis 1971 diejenigen, die eigentlich gar nicht existierten. Und das spielt natürlich für uns eine Rolle. Es wird immer noch zu unseren Gunsten vom Rechtsstandpunkt abgesehen. Aber im Grunde sind wir in irgendeiner Weise in Ihren Augen kein richtiger Staat. Ich war hier in den 60er Jahren,

wo ich bei jeder Diskussion zu Beginn erklären mußte, daß ich aus der DDR sei und gegen den Ausdruck "Zone" ankämpfen mußte. Das war immer der Beginn jeder Diskussion damals hier in der Bundesrepublik in den 60er Jahren. Das ist heute nicht mehr der Fall. Aber wir sind nach wie vor in einer Position, wo man für uns spricht in der Welt.

Wir sind in manchem in einer günstigeren Lage als andere sozialistische Länder. Natürlich befinden wir uns auch nach wie vor in einer etwas spezifischen Position, die ihre Vorteile hat. Es wurde eben von Ihnen darauf aufmerksam gemacht, daß wir davon auch Vorteile ökonomischer Art haben, die uns aber auch Probleme bereiten. Wenn wir heute nachmittag über Reformen sprechen, dann müßten wir sehen, daß Reformen bei uns nur einen Sinn machen, wenn dadurch unsere Gesellschaft gestärkt wird. Es wird nicht die Reform geben, die man gerne von uns möchte. Auch der IWF will ja nicht immer Reformen. Das ist zwar nicht unser Problem, aber wir haben auch solche Probleme. Man will ja nicht unbedingt von uns Reformen, die uns stärken, Herr Veerkamp hat das ja auch freundlicherweise gesagt. Insofern müssen wir schon bestimmen, welche Reformen wir meinen, wobei natürlich nicht alle derselben Meinung sind in dieser Frage.

Wir wollen ja diesen Wettbewerb, beide Seiten - Sie und wir - haben ja den Optimismus, daß wir das jeweils besser lösen werden. Langfristig jedenfalls. Insofern glaube ich, daß zeitweilige Dinge, die passieren, nicht überbewertet werden sollten. Für uns ist es natürlich wichtig, daß niemand uns ernsthaft destabilisieren will, denn das muß natürlich zu Problemen führen.

Wir brauchen wirtschaftliche Stabilität

Zuerst möchte ich mich herzlich bedanken bei Herrn Mike Gapes für seinen sehr interessanten Beitrag, ebenso bei Herrn Veerkamp. Ich möchte jetzt ein paar sogenannte Pflichtübungen machen. Aber glauben Sie mir, ich mache diese Pflichtübungen mit wirklicher Überzeugung. Erstens: Herr Professor Ehmke hat über die Alternative in Polen 1981 zwischen Jaruzelski und Walesa gesprochen. Ich glaube, daß die Alternative viel ernster war. Es war eine Alternative zwischen Frieden und Krieg in Polen, zwischen Stabilität und Chaos und es handelte sich auch um die nationale Existenz von Polen. Das ist wirklich eine Vereinfachung unserer Probleme damals, wenn Sie nur über Jaruzelski und Walesa als Alternative sprechen. Das war meine erste Pflichtübung und die zweite betrifft die Einladung von Herrn Professor Geremek. Ich habe schon mit Herrn Professor Ehmke über diese Angelegenheit gesprochen. Nach meinem besten Wissen und Gewissen habe ich meiner Botschaft erfahren, daß Herr Geremek keine Einreisegenehmigung und keine Ausreisegenehmigung bekommen hat, aber er wollte nicht nach Bonn, sondern nach Australien fahren. Hier handelt es sich um eine ganz andere Angelegenheit: die sogenannten freien Gewerkschaften in Brüssel haben Delegationen der "Solidarität" nach Australien eingeladen für eine Veranstaltung aber sie haben keine legal bei uns wirkende Gewerkschaften eingeladen. So hat die polnische Regierung entschieden, daß entweder Geremek oder Walesa keine Ausreisegenehmigung bekommen. So bin ich informiert.

Und jetzt vielleicht zur Sache: Herr Veerkamp hat über das Problem der polnischen Kohle gesprochen - mit Recht. Aber bei unserem Devisenmangel ist Kohle für unsere Wirtschaft wirklich ein schwarzes Gold. Und dieses schwarze Gold wird Gott-sei-Dank gern vom Westen gekauft. Wenn wir unsere Außenhandelsbilanz betrachten, können wir feststellen, daß im vorigen Jahr zum Beispiel der polnische Export in Richtung Westen ungefähr sieben Milliarden Dollar erreicht hat. Aber: von diesen sieben Milliarden betrug der positive Überschuß ungefähr eine Milliarde Dollar und das reichte nicht für die Zinsen, die wir für unsere Schulden bezahlen müssen. Und das ist unser Problem. Vielleicht können Sie verstehen, daß wir Kohle verkaufen müssen. Der Kohlenexport aus Polen ist jetzt viel kleiner geworden

als noch vor sechs oder vor sieben Jahren und wir beabsichtigen nicht, das zu erweitern, wir haben auch solche Möglichkeiten nicht, da unsere Produktion mit ungefähr 200.000 Mio Tonnen pro Jahr die Obergrenze erreicht hat. Herr Professor Ehmke hat mit Recht über Handelskredite oder über allgemeine Kreditprobleme gesprochen. Auf diesem Gebiet sind die Beziehungen zu Polen nicht normalisiert. Wir bekommen keinen Handelskredit vom Westen, keinen langjährigen Kredit. Alles, was wir im Westen kaufen, müssen wir bar bezahlen. Das erschwert wirklich unsere Handelsmöglichkeiten und die weitere Entwicklung unserer Handelsbeziehungen mit dem Westen. Wir können natürlich nicht offiziell sagen, daß wir für eine Schuldentilgung sind, wie das Herr Professor Ehmke hier gesagt hat, aber das ist eine vernünftige Lösung, wenn wir wirklich eine weitere Entwicklung von ökonomischen Beziehungen in Europa wollen. Einen anderen Weg gibt es nicht. Ich bin auch fest überzeugt, wenn wir auf diesem Gebiet, also dem zweiten Korb von KSZE weitergehen wollen, dann bedeutet das auch eine Stabilisierung der Beziehungen auf unserem alten Kontinent Europa.

Und jetzt möchte ich uns alle gewisse Fragen stellen: Die Frage auf welche auch ich kann mich nicht beantworten. Es herrscht jetzt eine günstige Großwetterlage in den internationalen Beziehungen zwischen Moskau und Washington, es herrscht praktisch Frühling, das Barometer zeigt auf schönes Wetter. Aber es sind schon drei Monate vergangen nach der Vertragsunterzeichnung in Washington. In Wien und in Genf, wo ich als Journalist vor einigen Wochen war, spürt man das überhaupt nicht. Die Rüstungskontrollgespräche in Wien und in Genf gehen sehr langsam weiter oder sind einfach stehengeblieben. Warum? Ich Frage mich, warum der wärmere Wind aus Washington noch nicht nach Wien und nach Genf reicht. Wenn wir wirklich schon in der zweiten Phase der Entspannung sind, sollen wir auch dieses Problem lösen und die Verhandlungen in Wien, und in Genf können nicht stehenbleiben. Es nähern sich rasch das dritte, vierte Treffen in Moskau. Ob vielleicht der schwarze Peter darin liegt, daß wir alle drei Körbe der KSZE parallel verfolgen? Einige von uns haben schon erwägt, ob man diese Körbe in gewisser Reihenfolge und nicht auf einmal lösen sollte. Vielleicht wird das leichter gehen. Alle drei Körbe sind bestimmt gleich wichtig für die Entwicklung auf unserem Kontinent. Man kann sich einfach nicht erlauben, das Wiener Treffen der KSZE nur mit einer Deklaration zu beenden. Man muß wirklich in Wien zu Schlußfolgerungen kommen,

besonders, da in diesem Gremium 23 Warschauer-Pakt-Staaten und NATO-Staaten sprechen.

Abschließend möchte ich noch unterstützen, daß wir in Polen mit großer Genugtuung die Leistung von sozialdemokratischen Parteien beobachten bei der Weiterentwicklung der Ost-West-Beziehungen. Ich war vor einigen Wochen in Genf bei der SIDAK-Konferenz, ein interessantes Forum, das die sozialistische Internationale schon vor zehn Jahren gegründet hat. Zum ersten Mal hat die Sozialistische Internationale einen Vertreter der polnischen kommunistischen Partei eingeladen. Dieses Forum hat sich dieses Mal mit dem sogenannten Jaruzelski-Plan befaßt, eine Delegation der SIDAK, an der Spitze Kalevi Sorsa, ist nach Polen eingeladen.

Hier sehe ich eine neue Plattform der Zusammenarbeit einer sozialdemokratischen Partei und einer kommunistischen Partei. Ich glaube, daß dieser Weg, den die SPD vor 10 Jahren unter der Leitung von Brandt genommen hat, und den er als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale, auch die Sozialistische Internationale weitergeht, eine sehr wichtige, fast kann man sagen eine entscheidende Rolle in der Wende der Ost-West-Beziehungen spielte. Ich glaube, daß dieser Kurs der Sozialistischen Internationale und dieser Parteien den Zeiten entspricht, in denen wir leben. Danke schön.

Karlheinz Koppe

Wir brauchen starke, linke, pazifistische Positionen

Ich bin ein asoziales Subjekt, Anarchist, Sozialist und Katholik. Alles zusammengenommen, ganz einfach, weil ich Pazifist bin. Und aus diesem Blickwinkel möchte ich einiges kommentieren.

Ich fange mit Mike Gapes an. Du hast so schön dargestellt, wie ihr Euch hinwendet auf sozialdemokratische Positionen. Karsten Voigt zu meiner Rechten war richtig "happy". Für mich ist das ein Verlust. Ihr habt den pazifistischen Stachel im Fleisch der Sozialistischen Internationale nach langen Kämpfen herausoperiert. Und wir Pazifisten haben es jetzt noch schwerer. Warum eigentlich? Warum können wir eigentlich nicht mal anfangen, auch einseitig 25 Prozent an Verteidigungslasten herunterzugehen? Wir sollten die Dinge auch einmal bewußt einfach sehen. Komplexes Denken ist gut, aber meist führt komplexes Denken nicht zu Lösungen. Ja, was würde passieren, wenn wir runterrüsten? Vielleicht ganz Westeuropa (die Franzosen lassen wir mal außen vor)? Dann gibt es erst einmal Druck von den Amerikanern, denn das würde einen entscheidenden wirtschaftlichen Vorteil für Westeuropa bedeuten.

Aber eben deshalb hat ja Ton Veerkamp recht: dann könnten wir nämlich anfangen, echten Transfer zu leisten nach Süden und nach Osten. (Wir haben doch alle gewußt, daß jede Mark, die gegeben wird, ob in die DDR von Herrn Strauß, mit der Technischen Hilfe nach Polen usw., nach Süden, natürlich mit der Bedingung verbunden war, daß irgendwann 1,50 Mark zurückfließen.)

Ich weiß nicht, was Ihr gegen solche einseitige Abrüstung habt. Habt Ihr dann Angst vor Euren Wählern, daß Ihr das nicht durchhaltet, Angst vor der Rechten oder vielleicht doch noch Angst vor den Sowjets? Marschieren die dann morgen ein? Das klingt ja sogar bei Dir, Mike, so ein bißchen heraus: wir können doch nicht so schnell abrüsten, die müßten doch auch zumindest gleichzeitig, zumindest gemeinsam mit uns Rüstung reduzieren. Ich würde mit Ruhe abwarten, was die dann tun, wenn wir runtergehen, denn die müssen ja unbestritten das drei- bis vierfache an volkswirtschaftlicher Bela-

stung für ihre Rüstung als wir ertragen. Warum sollten sie einmarschieren? Sie würden das einzige zerstören, was für sie interessant ist, nämlich unsere Produktivität. Das ist unser bester Schutz und die würden wir sogar noch erhöhen, wenn unsere wirtschaftliche Leistungskraft steigt.

Natürlich weiß auch ich - hier sind genügend, die mich kennen -, daß die Dinge nicht ganz so einfach sind. Aber worauf ich hinaus will, ist: wir brauchen starke linke pazifistische Positionen, damit eine Linie der Vernunft sich möglichst weit links ansiedeln kann.

Wir brauchen ökologische Kriterien

Ich bin Mitarbeiterin der GRÜNEN. Da Du zu den Pazifisten etwas gesagt hast, möchte ich mehr sagen zu den ökologischen Kriterien, wie sich das gehört für eine Grüne. Zuerst zu Horst Ehmke: Ich war sehr erstaunt, daß Du in Deinem Referat so sehr die traditionellen Ost-West-Schemata benutzt hast, weil ich denke, daß uns die ökologischen Aufgaben neue Kriterien geben und einen Paradigmenwechsel verlangen. Für uns sind die ökologischen Aufgaben gemeinsame Aufgaben, die von keinem Land - egal ob Ost oder West - alleine gelöst werden können. Dies sind zivile Aufgaben, wo weder Panzer noch Kriegsrecht nützen, um die Umweltverschmutzung zu stoppen. Und dies sind demokratische Aufgaben, weil man mündige und selbstverantwortliche Bürger und Bürgerinnen braucht, um Ökonomie und Ökologie in einem neuen Verhältnis zu denken und zu praktizieren. Deswegen ergeben sich für uns aus den ökologischen Aufgaben neue Kriterien für ein gemeinsames europäisches Haus; gemeinsam, zivil und demokratisch. Daß alle Länder nach ihren eigenen Kriterien, Reformen einleiten müssen, ist klar. Auch für uns gibt es kein zurück hinter die erste Phase der Entspannungspolitik.

Dann wollte ich etwas zu Ton Veerkamp sagen. Auch für mich ist es so, daß die Verschuldung Osteuropas zu den Fragen gehört, die in der ersten Phase der Entspannungspolitik von der SPD falsch gemacht wurden, und die, wenn man über eine zweite Phase spricht, nicht vergessen und verdrängt werden dürfen. Damals war die Verschuldungspolitik eine Ersatzpolitik. In Osteuropa war es eine Ersatzpolitik für politische und wirtschaftliche Reform, sich zu verschulden. Und von der SPD war Kreditegeben Ersatzpolitik für Reformdiskussion. Für mich ist das die Bestätigung unserer Kritik an gouvernementaler Politik.

Aber wie könnten jetzt die Lösungswege aussehen? Wir sagen, die Reform in Osteuropa, die innere Reform, ist nach wie vor die Hauptsache, ein neuer Kredit zu besseren Bedingungen nützt nichts. Aber flankierend soll ein Schuldenerlaß erfolgen, doch das Geld sollte in einen europäischen Umweltfonds gezahlt werden. Parallel zur KSZE müßte ein Umweltparlament gebildet werden, an dem auch gesellschaftliche Gruppen

und kritische Wissenschaftler beteiligt sind, die über die Vergabe dieser Gelder und über Projekte beraten. Das klingt nach Utopie. Ökologische Kriterien sind aber für mich Elemente einer sehr materialistischen Realpolitik. Ton Veerkamp hat das zu einfach gesagt. - IWF-Auflagen waren für Rumänien besser, als das, was die rumänische Regierung gemacht hat. - Das sozialistische System hat nicht gezeigt, daß die Ärmsten geschützt werden. Ich glaube, daß gerade in Ungarn sehr viele Lasten auf die Ärmsten abgewälzt werden. - Ich finde es auch nicht richtig, Osteuropa mit der Dritten Welt zu vergleichen. Die Geschichte und die Strukturen sind anders. Es handelt sich eher um eine Krise des ganzen Industrialismusmodells, wie sie in Ost und West praktiziert wird und aus dem wir einen neuen Ausweg finden müssen.

Mike Gapes

Developing Common Security

Thank you very much. First of all can I say - I am very pleased that I am invited here today and I'd like to thank all the hosts on behalf of all of us for organising this seminar. I am coming from Britain and I want to say a few words about how some of us see détente and what is happening in Europe from the perspective of our small island off the coast. Last year just before the general election in June, the Labour Party published a policy statement entitled "Europe: New Détente". In that statement we pointed out how the threat of war across Europe creates an ever present tension affecting every aspect of political and day-to-day life. It affects normal diplomatic relations, trade, culture, travel, academic life - even the unity of families - indeed, almost the whole range of activities by governments and citizens alike. As our statement put it "We need to establish a system of collective security in which all of us, East and West, can live in peace and justice. That is why we need better East - West relations now."

To achieve that, we need to take practical steps to build a new détente which is more firmly based than the old détente of the 1970's and which therefore does not decline into simple political systems management. We need to keep up the momentum and establish a new détente which creates a vested interest in peace, a détente between people as well as governments. A détente which will become, in effect, irreversible.

This means working to revitalise the Helsinki process in all its aspects. Success on human rights questions is much more likely against a background of progress in the security and disarmament talks. Experience shows that prospects are better and progress is greater during periods of détente between governments. It is in my opinion a false dichotomy to pose so-called Détente from below as an alternative to so-called Détente from above. The two are inextricably inter-related.

The new détente will establish new types of co-operative projects, such as what we call "country to country Helsinki agreements". It will begin a process in which there will be real disarmament and genuine cooperation. It will mean greater tolerance of other countries social systems and a greater

opportunity for democratic government in Europe. It will enable Europeans to create their own collective security system as partners with the United States and the Soviet Union, and not as clients. Today in Britain we are a very long way away from having a government committed to those goals. Instead we have a Prime Minister who blows alternatively hot and cold in her attitude to the USSR. One day, during her pre-election visit to Moscow in 1987 we get talk about doing business and trust. And one year later during the NATO summit in Brussels we have the old cold war rhetoric about the threat from the rapacious and potentially aggressive bear. But this is not entirely surprising since old stereotypes die hard, and there is no general election in Britain in June this year.

It is not only in the East that there is a need for new thinking. Following our third successive general election defeat the Labour Party is now engaged in some very ambitious processes of new thinking of their own. We are currently reviewing all our policies, including our approach to defense, security and disarmament to make them relevant to the situation we will inherit in the 1990's. The basis of Labour's existing defence and security policy was established in 1984 in our National Executive committee statement "Defence and Security for Britain" and subsequently developed further at our Conferences in 1985 and 1986, and in the "Modern Britain in a Modern World" campaign which we launched before the last election.

In the age of nuclear weapons true security can not come simply from national defences or even from alliance with other countries. It is also dependent on the attitudes of the supposed adversary. Consequently countries cannot have true security alone or even in Alliance. True security can only come from developing common security between East and West and North and South. In a nuclear age no-one is secure unless we are all secure.

Although Labour has for several years seen independent steps by Britain as helping achieve international arms control and disarmament, we have always recognised that independent action will not be as effective as wider international processes. As the 1984 Report made very clear: - "We are realists. The process of disarmament will not occur overnight: it will be brought about by a process of independent steps by individual countries and by international agreements following patient negotiations. We will work to build trust and détente and make strenuous efforts to improve the

international climate and, step by step, contribute to greater security for Britain and the world."

It is important for all of us to recognise that independent steps can only make a limited contribution. Neither the USA nor the USSR will give up their nuclear weapons whilst the other possesses nuclear weapons. That is a fact of life. NATO will have a nuclear strategy for as long as the Warsaw Pact does. When Labour adopted its 1984 statement prospects for any arms control agreement between the superpowers were very slight. We were in the middle of the second cold war, but the Reykjavik meeting in October 1986 changed that.

As Neil Kinnock argued in a recent interview:

"The objective has always been to reduce and eventually rid our continent and the world of nuclear weapons because of the nature of the weapons. My support has always been for the most practical means. Now involves a much wider process of nuclear disarmament than for most of the last 30 years." (Independent 16 November 1987).

In my own view unilateral action is not and never has been a principle. Rather it is a tactic put forward as a means to assist the process of international disarmament and to secure progress towards wider international goals. The means are far less important than the ends. The first steps on a road are far less important than the direction taken. The key choice is which road should Britain (and Europe and ultimately the whole world) be travelling. Are we going with the grain of world opinion or against the grain? British independent action should be seen in this way as a means to assist the international/multilateral and bilateral disarmament process.

Now in the post-INF world Europe has a special responsibility to work positively for the continuation of the process. As one of only three nuclear weapon states in Europe, Britain has a special role. Unfortunately, the present British government is actively working against further nuclear arms reductions in Europe. On the contrary it is unilaterally escalating the size and capabilities of its "independent" nuclear arsenal - by purchasing Trident submarines; by planning a new nuclear armed cruise missile for the Tornado aircraft; and also by pressing (so far unsuccessfully) for NATO to agree to

"modernise" its short range and battlefield nuclear weapons in central Europe. This week the International Committee of the Labour party made clear its view of these matters when it stated:

"We deplore the obstructive behaviour of the British Government and their view that nuclear disarmament in Europe has gone far enough. We condemn any attempts to cheat on the INF agreement and the prospects of further nuclear disarmament in Europe. We especially condemn the call by Mrs. Thatcher for more American F-111 nuclear bombers to be based in Britain, or the introduction of air-launched or sea-launched cruise missiles into Europe under the pretext of an alleged "modernisation" of NATO's nuclear arsenals."

The planned Trident purchase is extremely important. The next election in Britain will be by 1992. The first British Trident submarine is due to enter service from 1994 onwards. Arguments in the past about the timetable for "decommissioning" the ageing Polaris will be less important in 1991 or 1992 than they were in 1987 since the ageing process means that Polaris will in effect be decommissioning itself during the lifetime of the Government elected in the early 1990's.

The real problem in 1991 will be what to do and what to say about Trident, a system not yet in service but on which the bulk of its spending has already been incurred or committed. In 1987 Labour used the argument that spending on Trident means big cuts in Britain's conventional army, navy and airforce. This is still true today. But by 1991 it will be much less credible to use the argument that there will be financial savings from cancelling Trident. In 1991 we will face the Conservative argument that we will be giving up something for nothing by cancelling the new modern Trident and decommissioning the old obsolete Polaris. This could make our non-nuclear policy even harder to sell in 1991 than it was in 1987 or 1983. Opinion polls at present indicate that up to two-thirds of the population oppose the unilateral scrapping of Britain's so called "independent nuclear deterrent".

Another major problem is that the old fashioned and confusing words "unilateral" and "multilateral" are still widely used in the public, peace movement and party debate. But fundamentally the issue remains whether the British people will at some point in the next few years be prepared to

agree to Britain making its own contribution to the nuclear disarmament process and ultimately ceasing to be a nuclear weapon state before the USA and USSR have given up all their nuclear arsenals, and whether we can win political power on that basis. These issues and others are currently under consideration within the Party.

Another area of our Policy Review is our European policy. In contrast to its isolationist and anti-European image of a few years ago Labour now has a firmly pro-European orientation to its defence and foreign policy. Its 1984 defence policy statement clearly played a major role in this new orientation. The whole thrust of the 1984 Report emphasised that defence policy cannot be separated from overall foreign policy. Indeed discussion of foreign policy and relations between states are fundamental to a true security policy.

European politics today does not start from a blank piece of paper. The Europe we live in today is not the Europe of 1945 when Naziism was defeated and Germany was divided. It is not 1949 when NATO was established or 1955 when the Warsaw Treaty Organisation was formally set up. We cannot ignore European history. The real question for realistic political discussion by the peace movement and the political parties is not endless debate about how we got to where we are and who is responsible for our current dilemmas. But how do we in practice win wide political support for a new foreign and defence policies based on détente, peace and common security?

Whatever we may think today about the origins of the cold war and the division of Europe after World War II, we must recognise that there is now a military, political and economic bloc system which divides our continent. Labour's policy has always been to work for the mutual dissolution of both military blocs, the Warsaw Pact as well as NATO.

Although the Soviet Union and its Warsaw Pact allies may have no intention of attacking Western Europe or NATO they do have a large military capability that could pose a potential military threat to Western Europe. Accordingly, it is only prudent that Britain and its Western European allies should maintain adequate non-nuclear defence forces capable of resisting and deterring such a potential military threat. Labour is not a pacifist party, and it is committed to collective security for the countries of Western Europe and the search for common security and a new détente between NATO and

the Warsaw Pact. It goes without saying that Soviet military power must be dissuaded by western military forces. But we must seek to achieve conventional military stability at the lowest possible level. The Gorbachev disarmament proposals are welcome. They must now be tested in concrete disarmament negotiations.

There are growing economic pressures for US and Soviet troop reductions in Europe. This could have a major impact on the debate about the "European pillar". There is a serious danger that the growing differences between Western Europe and the USA and exaggerated fears amongst European conservatives of US withdrawal from Europe post INF and START could lead to the development of an anti-American "Euro-Gaullism" based on "independent" nuclear weapons. What Neil Kinnock has called the "Entente terminale". This would seriously complicate international relations and make disarmament and arms control negotiations even more difficult. It would also entrench the bloc division in Europe.

There is a fundamental choice between two alternative approaches for Western Europe. These may best be described as "New Détente" and "Eurobomb". There are growing signs of stronger British-French nuclear co-operation and increasing integration of French (conventional only at this stage) forces with the defence of West Germany. There is also an inevitable long term trend towards greater international collaboration in arms production and procurement. How can we best work within NATO, WEU and the European Community for policies of New Détente and Disarmament and against those forces in France and on the European right who want to build up some sort of federal West European military block? What is our positive alternative? How do we manage the inevitable processes of change between Western Europe and the United States, within Western Europe itself, between Eastern Europe and the Soviet Union and between Eastern Europe and Western Europe? These questions need to be addressed in detail.

It is essential to ensure that any "European Pillar" in the Atlantic Alliance whether based on the Western European Union, the European Community or another forum should clearly be a pillar for détente, and disarmament and not the embryo of a new nuclear alliance or European superpower.

Labour wants to phase out the cold war bloc politics into which Europe is currently frozen. In a lengthy joint statement of the Labour Party and the SPD which was published in November 1986 the two parties expressed support for a "European Pillar" in the Atlantic Alliance, but emphasised that such a pillar should be a pillar for détente, defence and disarmament and not the embryo of a new nuclear alliance or European superpower.

Recent developments in the Western European Union (WEU) and particularly the adoption of its emphatically pro-nuclear Platform on European Security Interests show how the conservative governments seem determined to make it unacceptable to applications by any potential new members such as Spain, Denmark, Norway and Greece.

The right wing Governments now seem to be firmly against enlargement of WEU beyond its current seven members to include what could be called "nuclear sceptics". But they also see WEU as a way to bring France closer to the European members of Nato's military structure. Although there may have been some enthusiasm in parts of the European left when the so-called "revitalisation" of WEU was launched in 1984 it is now being regarded with a greater degree of scepticism. Some on the left saw the WEU as important because it provides a Parliamentary Forum for Europeans to debate defence and disarmament issues without the presence of the USA. But in my view the Western European Union is not at present the appropriate body on which to base a European Pillar.

The Labour Party is working closely with its socialist partners in the other NATO countries on these questions.

Europeans must also work together to influence the debate in the USA in positive directions. Labour recognises that Britain within NATO could have far more potential influence on the debate in the US Democratic Party and in the Congress as a whole than it does in the present period of "me too" foreign policy. There are many in America who want NATO to adopt a policy of "No First Use" of nuclear weapons. We should work with them to change NATO strategy and for both NATO and the Warsaw Pact to agree to adopt new military doctrines and change the structure of deployment of their weapon systems to a new approach based on a non-provocative "defensive deterrence" strategy on both sides. The forthcoming talks between Secretary of State

Carlucci and General Yazov on military doctrine are welcome. But we really need to go much further on an Alliance to Alliance basis.

Once a "No First Use" strategy is agreed NATO should negotiate with the Warsaw Pact to establish nuclear free zones in Europe leading ultimately to a continent wide European nuclear weapon free zone. This could build on the ideas first put forward in the Rapacki Plan of the Polish Foreign Minister in the 1950's, the more recent efforts by the governments of Norway, Sweden, Finland, and Denmark, to establish a Nordic nuclear weapon free zone and the so far less well developed ideas of a similar nature for the Balkans. Above all it could encompass the ideas put forward by the Palme Commission in 1982 and subsequently embodied in the draft treaties for a chemical weapon free zone and a battlefield nuclear weapon free corridor in both German states and Czechoslovakia, as agreed in 1985 and 1986 by the SPD and the SED.

A nuclear weapons-free Europe could make a major contribution to peace and security in the world. It could lead on to a new European wide security system, leading to the ultimate mutual dissolution of the two blocks.

Reliance on an outdated military strategy has provided Britain and NATO as a whole with an excuse for failing to take conventional strength and conventional deterrence seriously. The time has come to address this problem. A No First Use policy would be a welcome version of "Modernisation" in NATO.

The long term policy of the Labour Party is for the removal of all nuclear weapons in the world. This goal is consistent with the statements of both Ronald Reagan and Mikhail Gorbachev and the goals set out at their historic October 1986 meeting in Reykjavik, where they discussed removal of all Cruise missiles from Europe, a 50% cut in strategic warheads and a global ban on all ballistic nuclear missiles in ten years. General Secretary Gorbachev says he wants to eliminate all nuclear weapons within the remaining years of this century, which is not very long. President Reagan has said nuclear weapons are evil and must never be used. He says he wants to make them impotent and obsolete. The declaratory statements of these two world leaders contrast sharply with the stated policy of Mrs. Thatcher that she wants to continue to rely on nuclear deterrence for the indefinite future. She

told the Soviet people in March 1987 that she was not prepared to accept the de-nuclearisation of Europe.

How can we strengthen the process of building a new détente and Common Security between East and West?

Ideas of non-provocative or non-offensive defence are now being widely discussed particularly in Denmark and here in Germany. They are also appearing in the communiqués of the Warsaw Pact and NATO and could become important features of the discussion about how to restructure our conventional forces and remove asymmetries on both sides. This discussion could make it easier for the Labour Party and other West European socialist parties to argue against the conservative tendency to exaggerate the potential military threat and capabilities of the Soviet Union. This could help us to avoid the mistaken overemphasis on the numbers of tanks, ships and planes we would build and a parallel down-playing of the political arguments for our policy. A mutual confidence building could result and lead on to development of a much more convivial international and domestic political environment.

Recent developments in the USSR under Mikhail Gorbachev in both the domestic and the foreign policy areas, could help this process. They also make the case for joint security. Gorbachev does not advocate instability in Western or Eastern Europe. On the contrary his policy of Perestroika internally depends on improved relations with western countries and political relaxation externally and development of a new détente between East and West. Gorbachev is committed to reduction in Soviet military pending to free resources for internal economic reform and reduction in the role of the military in Soviet society. He also wants better use of resources and efficiency of industry and agriculture and other domestic changes including glasnost, economic reforms and democratisation. He has also changed the Soviet attitude to the United Nations and I think we should recognise that that is very important.

Gorbachev argues that: "The problem of humanity's very survival" has been pushed to the forefront. He recognises that the world has become "an integral whole in a setting of diversity and contradictions". His disarmament proposals of January 1986 called for abolition of all nuclear weapons in the world in a three stage process to be completed by 2000. If this admittedly ambitious

timetable is to be fulfilled it will require all nuclear weapon states to participate in the START II process which will hopefully follow on from any START I agreement which may be reached later this year. It will also require a halt to all nuclear tests and a speedy conclusion of a comprehensive nuclear test ban treaty.

It is interesting to note that many of Gorbachev's proposals echo calls first made by socialist parties and peace movements in Western Europe including adoption of the concept of "Common Security" first put forward by the Palme Commission.

NATO should now respond positively in the forthcoming CST negotiations in Vienna to Soviet and Warsaw Pact proposals for asymmetrical reductions in conventional forces of NATO and the Warsaw Pact. The International Committee of the Labour Party made clear earlier this week its strong support for the efforts of the SPD to press the Federal Government to secure progress on inclusion of short range nuclear missiles and battlefield nuclear weapons in the arms negotiations.

We believe that success in Vienna will require a comprehensive approach in which the following must be included:

Firstly - conventional nuclear and chemical weapons delivery systems and launchers of NATO and the Warsaw pact in Europe.

Secondly - Recognition of the need to remove imbalances and superiorities of conventional weapons on both sides.

Thirdly - Moves towards establishment of conventional stability on the lowest possible level, development of a structural inability to launch a successful attack.

Fourthly - A non offensive defence posture by both NATO and the Warsaw pact.

In my view, dual capable systems have to be considered either in the CST talks, or in parallel talks on short range or battle field nuclear weapons. It's

also time for the negotiations about an associated restructuring of forces on both sides, which could involve changes in military posture and doctrine. It's also time to explore what the Soviet Union means by its talk about moving towards reasonable sufficiency, rather than broad equivalence. Gorbachev is making considerable efforts to secure improved relations with Western Europe, as Horst Ehmke said - "There's much talk of a common European house". Negotiations on the recognition of the European community by Comecon are now well advanced following the delegation from the supreme Soviet to the European parliament in October 1987, and Gorbachev is clearly attempting to use Western Europe as an additional means to influence the United States. From the Soviet point of view those countries which are members of NATO, like Britain and the Federal Republic, are clearly more influential on the United States than those which are not in NATO. It is a tragedy that some Western European governments are not working positively to assist the process of building a new détente but instead are putting up 'cold war' stereotypes and repetitious old thinking. It's also important for political parties and peace movements in Western Europe to be realistic about what is happening in the Soviet Union under Gorbachev and also what is happening in Eastern Europe. Gorbachev is serious and as the Nobel prize winner, Andre Sakharov, and other Soviet figures have said, "he needs our support". Gorbachev has made it clear that for the Soviet Union "There can be no ambiguity about the inviolability of frontiers in Europe." Although large reductions in Soviet forces are possible, there is no immediate or imminent prospect of Soviet withdrawal from Eastern Europe and dissolution of the Warsaw Pact. As long as the Soviet Union feels the need to keep its forces in the GDR, the USA and the other NATO powers will feel the need to keep forces in the Federal Republic of Germany, and vice versa. The recent improved relations between the two German states and the second phase of Ostpolitik, are to be welcomed, at the same time we should all be aware that what is sometimes referred to as the German question must also be dealt with in the context of relations between Eastern and Western Europe as a whole, taking account of the security needs of the neighbouring countries and the two super powers.

A long term settlement must clearly be a part of an overall European settlement between the sixteen members of NATO and the seven members of the Warsaw pact and also the thirteen neutral and non-aligned countries in Europe. This is yet another reason why we must further develop policies of

common security between East and West. In my view Chernobyl also makes the case for common security. Chernobyl shows conclusively that there are no sanctuaries in a nuclear age. Radiation of fallout do not respect national boundaries or alliance systems. Chernobyl was in relative terms a small disaster when compared to even a 'so-called' demonstration shot or limited or tactical conflict.

In a nuclear conflict, or even in a conventional conflict where nuclear power stations were bombed, the whole of our small close and crowded continent would be at risk. Indeed I would go further and argue that as long as nuclear weapons exist in any significant numbers even only a few hundred strategic missiles on each side, then the whole human race and the whole ecosystem of our planet is at risk. The nuclear winter and other possible environmental consequences of nuclear war will effect all, north or south East or West. There will be no sanctuaries anywhere neutral or nuclear armed. As Reagan and Gorbachev agreed in 1985, "nuclear wars can never be won and must never be fought".

In a nuclear age real security does not come from fighting wars but from preventing wars. Security and freedom can not be defended by using nuclear weapons, any use of nuclear weapons is likely to result in suicide. Defence policy should therefore be based on dissuasion rather than retaliatory national suicide with forces which are designed as unambiguously as possible for defensive purposes only. For Europeans there is common security or insecurity, co-existence or non-existence. It is time for all Europeans, East and West, to begin the difficult process of building a new détente.

Karsten Voigt

Sicherheitspolitik als Lernprozeß zwischen Ost und West

Ich möchte etwas zum Thema Sicherheit sagen. Das, was Mike Gapes vorgetragen hat, war für einige, die in der Bundesrepublik beheimatet sind, nicht so spektakulär und ist doch Ausdruck einer Entwicklung, die ich kurz beschreiben möchte. Aufgrund eines sehr intensiven Prozesses bilateraler und multilateraler Konsultationen in den letzten Wochen und Monaten - und einige hier am Tisch waren daran beteiligt - besteht inzwischen eine weitgehende Konvergenz zwischen den sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa in Fragen der Sicherheits- und Abrüstungspolitik. Dabei haben neben den bilateralen Konsultationen besonders zwei Gremien eine Rolle gespielt: das eine ist das bekannte Skandilux-Treffen, wo vor allem über Abrüstungspolitik gesprochen worden ist und das andere der Bund der sozialdemokratischen Parteien in der EG. Wir sind jetzt soweit, daß wir eine gemeinsame Plattform formuliert haben, eine Wahlplattform für die Europawahlen zu Fragen der Sicherheits- und Abrüstungspolitik und auch der Ost-West-Politik.

Ich möchte einige Komponenten dieses Konsenses darlegen, die sowohl für einige Vertreter aus der Friedensbewegung aus dem Westen als auch für einige Vertreter aus Osteuropa interessant sein könnten.

Erstens:

Es gibt überhaupt keine sozialdemokratische Partei aus den Mitgliedsstaaten der EG mehr, die nicht die Zusammenarbeit im sicherheits- und abrüstungspolitischen Bereich in Westeuropa unterstützen würden. Das war nicht immer so. Die Stärkung dieser Zusammenarbeit wird von allen begrüßt, gefordert und gefördert. Das war mal in Dänemark aus bestimmten Gründen, in Frankreich aus anderen Gründen, in Großbritannien aus dritten Gründen umstritten. Soweit es die Europäische Politische Zusammenarbeit im Rahmen der EG betrifft, ist das jetzt unstrittig. In der Einschätzung der westeuropäischen Union gibt es zum Teil Differenzen. Das ist auch verständlich, weil die Norweger und Dänen nicht dabei sind, umgekehrt die Portugiesen und Spanien Mitglied der WEU werden wollen und wir auch der

Meinung sind, daß, wenn sie wollen, sie auch Mitglied werden können dürfen. Wir hoffen auch, daß, wenn diese westeuropäischen NATO-Staaten Mitglied der WEU würden, abrüstungspolitische Positionen oder Positionen, die näher bei uns sind, d.h. auch pro-europäische Positionen, gestärkt würden. Ein Teil der Sozialdemokraten Skandinaviens hegen wohl Besorgnisse, wegen der Aktivierung der WEU, weil sie fürchten, dann an den Rand gedrückt zu werden. Aber über das Ziel der westeuropäischen Kooperation auch in Fragen der Sicherheits- und Abrüstungspolitik herrscht weitgehend Konsens.

Zweitens:

Zur West-Ost-Kooperation. Die sozialistische Fraktion des Europaparlaments entwickelte in den letzten Jahren Initiativen, um nicht nur die Kooperation in Westeuropa zu verstärken, sondern um sie als Element der Ost-West-Kooperation zu nutzen. Mehrere Delegationen des Europaparlaments haben sich jetzt in verschiedenen Staaten des RWG aufgehalten, und umgekehrt mehrere Delegationen aus RGW-Staaten waren zu Gast bei der sozialistischen Fraktion im Europaparlament. Dies ist für das Europaparlament eine qualitativ neue Entwicklung. Die Vertreter, die hier sind aus Osteuropa, werden mir bestätigen können, daß im Rahmen der RWG-Staaten eine Entscheidung getroffen worden ist, wie man sich künftig zu multilateralen Institutionen parlamentarischer Art oder parlamentsähnlicher Art in Westeuropa neu verhält, d.h. es ist eine prinzipielle Entscheidung getroffen worden, Kontakt zum Europaparlament, zur parlamentarischen Versammlung des Europaparlamentes und der WEU, sowie zur nordatlantischen Versammlung aufzunehmen. Inzwischen gibt es einen Delegationsaustausch zwischen dem Europarat und einigen osteuropäischen Staaten. Vor kurzem war eine Delegation des NATO-Parlaments in Budapest. Eine Delegation nach Moskau wird vorbereitet. Eine Delegation der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union war jetzt in Moskau. Diese Institutionen der westeuropäischen und transatlantischen Kooperation waren in der Nachkriegszeit ursprünglich gegen den Osten gerichtet.

Wir wollen sie künftig einerseits instrumentalisieren zur Verstärkung der westeuropäischen Integration, um auch relativ unabhängig, nicht völlig unabhängig, aber relativ unabhängig von den Vereinigten Staaten zu werden

und sie gleichzeitig zu öffnen für eine gesamteuropäische Kooperation. Das ist ein Funktionswandel dieser Institutionen. Das ist ein wichtiger Punkt, den man vielleicht diskutieren sollte, weil beim Europarat militärische Gesichtspunkte kaum eine Rolle spielen, im Unterschied zur Westeuropäischen Union und zum NATO-Parlament. Beim Europaparlament spielen ökonomische Gesichtspunkte eine dominierende Rolle, im Europarat vorwiegend kulturelle und menschenrechtliche. Aber welche Themen auch jeweils dominieren mögen, jede dieser Institutionen besitzt bisher ungenutzte Möglichkeiten auch zur Zusammenarbeit mit Osteuropa.

Letzter Punkt:

Zur Bewertung der Abschreckung. Eine neue Technologie, die Nuklearwaffen, erinnern uns daran, daß die klassische These von Clausewitz nicht mehr durchführbar ist - Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Dies ist an sich ein Fortschritt. Insofern ist die Abschreckung gegenüber früheren Kriegsführungsstrategien ein Fortschritt. Mir geht es darum, die Tatsache, daß man Kriege nicht mehr führen kann, ins Bewußtsein gebracht durch Nuklearwaffen, zu verwandeln in eine andere Politik, die dann diese und andere Waffen schrittweise überflüssig macht. D.h. das Mittel, mit dem wir im Nuklearzeitalter an die Notwendigkeit zur Kriegsverhinderung erinnert werden, ist der extremste und übersteigteste Ausdruck von Militärtechnik. Es ist die Androhung der totalen Vernichtung. Dieser extremste Ausdruck alter militärischer Mittel weist uns auf die Notwendigkeit einer neuen Politik hin. Jetzt geht es darum, beim Abbau militärischer Mittel, wenn man so will dem "alten Adam", schrittweise eine neue Dimension der Politik hinzuzufügen. Friedensordnung läßt sich nicht durch Waffentechnologie, sondern nur durch politische Gestaltung erreichen.

Die Verhaltensänderung, die dazu erforderlich ist, setzt einen Lernprozeß, den man einseitig anstoßen, aber nicht einseitig vollziehen kann. Lernprozesse sind nur beidseitig vollziehbar. Die Vorstellung, bestimmte Abrüstungssignale oder auch rhetorische Signale, würden automatisch auf der anderen Seite auch so verstanden, wie man sie meint, ist falsch und widerspricht jeder pädagogischen Erfahrung. In Wirklichkeit braucht man einen Kommunikationsprozeß, damit man auch richtig versteht, was der andere sagt. Diese wechselseitigen Lernprozeß durch Verhandlungen und Gespräche zu fördern, ist der Kern der Entspannungspolitik. Wir bejahen

Verhandlungen nicht, wie manche in der Friedensbewegung fälschlich gemeint haben, weil wir zu sehr auf militärische Fragen fixiert sind, obwohl militärische Probleme auch der Verhandlungen bedürfen, um gelöst zu werden. Aber zumindest ebenso wichtig ist, daß man Lernprozesse nicht einseitig vollziehen kann. Es geht jetzt in der Abrüstungspolitik darum, daß wir uns auf ein Stabilitätsziel geeinigt haben, aber dieses Ziel inhaltlich noch nicht ausreichend definiert haben. Jetzt muß in einem Lernprozeß zwischen Ost und West - das ist auch das Ziel der Diskussionen über Militärdoktrinen, die Mike Gapes angesprochen hat - schrittweise definiert werden, was Stabilität im Einzelnen bedeutet. Die USA und die Sowjets haben viel Zeit gebraucht, um zu klären, ob bei strategischen Waffen mobile Systeme stabil oder nicht stabil seien. Man muß sich darüber einigen, was sicherheitspolitische Stabilität bedeutet. Wenn man die Stabilitätsziele und -kriterien gemeinsam definiert hat, was nicht nur am Verhandlungstisch vollziehbar ist, sondern einen politischen Dialog unter Beteiligung von Militärs in Ost und West voraussetzt), dann kann man am Verhandlungstisch diese Kriterien in präzise Parameter umsetzen. Aufgabe ist es dabei die sicherheitspolitische Stabilität in Richtung weniger Rüstung zu dynamisieren.

Von einer bestimmten Stufe ab wird Abrüstung nur funktionieren, wenn sich die Systeme wechselseitig auch nicht mehr politisch bedroht fühlen. Es gibt eine Verzahnung zwischen militärischen und gesellschaftlichen Komponenten der Bedrohung, d.h. heute schon glaubt keiner mehr zwischen Ost und West, daß der andere eine Angriffsabsicht hege. Das ist eine Veränderung gegenüber den 50er Jahren. Das ist keine primär militärische Bewertung, sondern eine primär politische Bewertung. Sie eröffnet die Chance zum erfolgreichen Abschluß von Abrüstungsvereinbarungen. Aber von einer bestimmten Stufe ab wird man in der Abrüstung nur weiter vorankommen, wenn sich auch die politischen Beziehungen verbessert haben.

Die dialektische Beziehung zwischen den gesellschaftspolitischen und den sicherheitspolitischen Komponenten im Ost-West-Dialog sind der Dreh- und Angelpunkt unseres Seminars.

Mike Gapes

There is a growing convergence of positions.

It's not recently that it began. In fact I would say that since 1980 there has been a growing convergence of positions between the socialist parties in the major West European countries. We had the group called Scandilux, which was established in the beginning of 1981, first as a group of smaller northern European parties in countries which were in NATO: the Danes, the Norwegians, the Luxemburgers, the Belgians and the Dutch party. Then the British, the Germans and the French came along. And then there was another group called Euro-Sud with the French, the Spaniards, the Italians and the Portuguese. And then we came together in 1985 to have for the first time ever - the first time in the 36 years of the existence of NATO - the Socialist parties of all the European member countries meet together to discuss these questions, which is remarkable. But since then we have had two other major meetings, and two others planned, and in that process they began to develop many more common positions: We have issued consensus statements; they don't necessarily reveal all the differences of emphasis, and I'm not saying that there are no differences of position and perception between my party and the French Socialist Party - there clearly are. But there is a growing convergence. We are thinking much more in European terms and, as I tried to refer to in my contribution, that is related to our change of perception of our role in relation to the European Community. We have become a European party in the last few years.

Secondly, there are changes, I think, even in France: for example, recently, the statements that I've seen concerning Mitterrand's attitude towards the modernization discussion at the NATO summit. Now it remains to be seen how much this goes beyond that, but clearly there is a beginning of a shift of some kind within the French party. That, to me, is important. But we've got a long way to go and what I was trying to point out when I talked about the WEU was that my party has never been an enthusiast for the WEU. We have always been skeptical. But what I think is that there is more skepticism now amongst some of the people who were enthusiastic two years ago in other countries about the revitalization because of this platform they adopted in the Hague, which shows clearly a very very dominant nuclear role - nuclear-philiacs is the term that Dennis Healy coined - for lovers of nuclear weapons,

and clearly Chirac and Thatcher has got a document that is a document for nuclear philiacs. And that means that, when we talk about the European pillar, we have to think, well, that we're not necessarily talking about the WEU or any existing institution, we need to think about how can the Europeans work together for détente, for common security, for disarmament, and avoid the dangers, which I think are there, of building up some kind of West European nuclear bloc.

If you look at the defence spending commitments of all the main NATO countries in Europe, there is only one country at the moment which is actually proposing to increase military spending: that's France. All the others, even Britain, are either at standstills or real reductions. So even if there is an American reduction in their military commitment in Europe, I don't see that it is easy on the economic side for a militarization of West European society because the resources are not there at the moment. The real debate will be between those of us who want a real reduction on the conventional side as well as part of a process of common security taking Gorbachev seriously, and those on the conservative side who want to put more money into nuclear weapons, because they will argue they can't afford big standing armies, big conventional forces. And that is going to be the debate I think over the next two or three years.

Etienne Godin

La coopération des partis socialistes en Europe

J'aimerais apporter quelques réflexions quant au processus de concertation entre les différents partis socialistes. C'est la question qui a été posée. J'ai eu l'occasion de suivre depuis quelques années ce processus. Bien sûr, mon pays est un pays compliqué donc c'est un petit pays qui a deux communautés, deux partis socialistes, avec parfois des positions un peu différentes sur les problèmes de défense entre ces deux partis socialistes.

Il va de soi que je ne parlerai pas au nom du parti socialiste flamand comme je ne vais pas non plus répondre à la question qui a été posée par rapport au parti socialiste français, même si nous sommes en liaison assez étroite avec ce parti et que nous menons parfois des réflexions communes.

En fait, cette concertation a débuté après la double décision de l'O.T.A.N. de décembre 1979 sur l'implantation des missiles et plusieurs partis se sont réunis effectivement dans le groupe SCANDILUX.

SCANDILUX, c'était, surtout au départ, les petits pays de l'O.T.A.N. ... les petits pays européens de l'O.T.A.N.

Assez rapidement le SPD s'est joint au processus. On peut même dire qu'il en a pris le leadership, puisque l'influence de Egon Bahr, dans un premier temps, était prépondérante. Le Labour Party britannique s'est également joint au processus, ainsi ensuite que le parti socialiste français.

Quelques années plus tard, les partis socialistes de Sud de l'Europe ont également ressenti la nécessité d'engager un dialogue et ont formé ce qu'on appelle 'EUROSUD' et mon parti est le seul à faire parti intégrante à la fois d'EUROSUD et de SCANDILUX; ce qui bien entendu le mettait en position parfois un peu difficile, mais en même temps extrêmement intéressante, notamment pour la suite du processus.

Après cela on s'est dit, bon c'est bien, on se réunit d'un côté SCANDILUX, et de l'autre côté dans celui d'EUROSUD, mais il faudrait peut-être provoquer une réunion de tous les partis socialistes européens, des pays

membre de l'Alliance Atlantique, c'est à dire EUROSUD, SCANDILUX, plus le PASOC, qui n'est pas membre de l'Internationale socialiste, mais c'était intéressant que les grecs soient partie prenante de nos discussions, et je crois, même les Islandais ont été invités. C'était la première fois que les délégués de tous les partis se réunissaient autour d'une table pour parler de ce type de problème.

Les échanges de vues ont été très intéressants car les partis ne se connaissaient pas bien. Ils ont appris à connaître mieux leurs positions respectives en matière de désarmement et de défense. On est arrivé à deux constatations: qu'on pouvait continuer à se parler d'une part, et d'autre part, qu'en tout cas aucun de nos partis ne souhaitait sortir de l'Alliance Atlantique. Une deuxième réunion a eu lieu à Bonn l'année suivante où il a été possible de se mettre d'accord sur plusieurs points. C'était au lendemain de la première rencontre Reagan-Gorbachev. Les participants ont réussi à se mettre d'accord sur toute une série de questions relatives au désarmement proprement dit. Mais on ne pouvait pas encore aborder les questions de défense. A Oslo, lors d'une troisième réunion, les experts qui étaient présents là-bas - parce que ces trois réunions se tenaient au niveau des secrétaires internationaux et des experts de partis, ce n'était pas les leaders de parti, qui y participaient - on fait un pas plus avant et ils ont adopté une plate-forme relative à des questions concernant la sécurité et même la défense européenne. Peut-être a-t-on été un peu loin puisque plusieurs partis sont revenus ensuite un peu en arrière par rapport au niveau de leur leader et le grand rêve, c'est de réunir tous les leaders socialistes européens et qu'ils fassent une déclaration commune sur la sécurité européenne. Je crois que la réflexion n'est peut-être pas encore tout à fait mûre pour y arriver. Le but de la plupart d'entre nous c'est évidemment d'aller de l'avant et de provoquer cette réunion au niveau de leader.

J'aimerais aussi noter un fait assez important relatif à la question des euro-missiles. Je crois la plupart d'entre nos partis ont engagé des luttes dans chacun des pays, avec des nuances, contre l'implantation.

Bon, les missiles ont été implantées dans un certain nombre de pays: ici, en Italie, en Grande-Bretagne, en Belgique. Les Hollandais ont réussi, eux, à retarder le processus et pour finir, ils n'ont pas eu une implantation de missiles. Mais on s'est rendu compte qu'isolément - tout comme les

mouvements de la paix d'ailleurs - on n'avait pas réussi à empêcher cette implantation. Il y a eu les accords entre Américains et Soviétiques et la réflexion socialiste a marqué un temps d'arrêt et on a été un peu déçus. Plusieurs réunions qui devaient avoir lieu ont été postposées.

Pendant quelques mois, on se voyait sans vraiment se voir. Et puis, comme l'a noté Karsten Voigt tout à l'heure, le mouvement a été relancé. Il y a une évolution réelle dans certains partis. Karsten Voigt a expliqué la position de son parti tout à l'heure, j'aimerais lui poser trois questions complémentaires hors séance car je n'ai pas compris certaines choses.

Les français, c'est vrai, et on le note au niveau des réunions internationales, semble avoir également changé, mais est-ce dû à la perspective des élections présidentielles? Est-ce que Mitterrand, simplement, veut présenter une image réaliste certes, mais plus ou moins de colombe, face au faucon Chirac et au faucons de la droite? Bon, ce n'est pas possible pour moi de vous répondre. Tout ce qu'on peut dire c'est qu'il y a une évolution de leur comportement dans les réunions d'étude que nous avons ensemble. Karsten Voigt, nous a présenté à Paris la semaine dernière un progrès de programme commun en fonction des prochaines élections européennes.

Il l'a d'ailleurs fait avec beaucoup de diplomatie et il n'y a pas eu d'objections vraiment fondamentales dans les différents partis. Il est donc très probable qu'on va en arriver à présenter un programme commun à ce niveau-là.

Die Abschreckungspolitik überwinden

Ich möchte auf einen Punkt zurückkommen, den Karsten angesprochen hat, weil mir scheint, daß das der zentrale ist, je nachdem wie man ihn beurteilt und welche Konsequenzen aus ihm politisch gezogen werden. Es geht dabei nicht um die Kritik an der gegenwärtigen militärischen Situation, sondern auch um eine tatsächliche, qualitative Veränderung: die Ablösung des Abschreckungsbegriffes. Die Friedensbewegung war es, die dies öffentlich in Gang gesetzt hat. Die politische Seite hat nicht gesehen, daß es irgendwann einmal zu diesem Punkt kommt, daß die Aporie des Besitzes und der Verfügungsgewalt über atomare Waffensysteme öffentlich aufbricht und sie - in einer demokratischen Gesellschaft jedenfalls - nicht mehr durchgehalten werden kann. Diese Debatte hat es zwar schon von Anfang an gegeben. Nun ist sie öffentlich aufgebrochen, und die Friedensbewegung war es, die diesen Widerspruch massenhaft und massenwirksam deutlich gemacht hat, so daß auch die politische Ebene daraus Konsequenzen ziehen mußte. Wenn man auf der politischen Ebene versucht, den Abschreckungsbegriff abzulösen durch einen Begriff der gemeinsamen Sicherheit, der Sicherheitsspartnerschaft, muß auch die Politik wissen und sich darauf beziehen, daß die Friedensbewegung diesen Prozeß begleitet, denn der kann in demokratischen Gesellschaften auch demokratisch durchgesetzt werden. Was hat das für Folgen?

Erstens, die Folgen für uns selbst in Westeuropa sind widersprüchlich. Es ist durchaus möglich, daß das, was an Abrüstung in Gang gesetzt worden ist, durch Zusammenspiel zwischen außerparlamentarischer Friedensbewegung und der parlamentarischen, politischen Ebene, möglicherweise jetzt in einer neuen Phase durchbrochen werden kann. Die politische Ebene in den Ländern, die über Atomwaffen verfügen, auch in Westeuropa, denken nicht daran oder jedenfalls gegenwärtig nicht daran. Dieser Prozeß wird dadurch gestoppt, daß er "modernisiert" wird, daß eine angebliche Lücke aufgefüllt wird durch neue Kurzstreckensysteme - zumindest ist das in der Debatte. Und es ist nicht erkennbar, und insofern hat Mient Jan Faber recht, daß die alten Instrumente, soweit sie genutzt werden, zu einem weiteren Vorantreiben des Abrüstungsprozesses dienlich sind. Und dennoch glaube ich nicht, daß es richtig wäre, einfach zu sagen, wir bräuchten jetzt neue

Instrumente. Denn es kommt doch darauf an, ob nicht auch die alten Instrumente, wenn neue politische Konzeptionen hinter ihnen stehen - und das neue Denken sich auch bei uns durchsetzt - sehr wohl genutzt werden können, um diesen Prozeß voranzutreiben. Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien spielen dabei eine zentrale Rolle. Und das ist der Punkt, auf den es jetzt ankommt. Wir müssen versuchen, auch die alten Instrumente - wie z.B. auch die WEU - zu nutzen, um sie mit einem anderen inhaltlichen Leben zu füllen. Und ich sehe keinen Widerspruch zwischen den alten Instrumenten und einer neuen Politik. Ich wünsche mir, daß diese alten Instrumente anders eingesetzt werden und inhaltlich mit einer anderen Konzeption versehen werden und Schritte dahin gibt es sehr wohl, obwohl, ich sage das nochmal, die Kritik berechtigt ist, daß die Gefahr besteht, daß das in eine andere Richtung abrutscht.

Eine zweite Bemerkung will ich machen: Was hat das mit Osteuropa zu tun? Man muß versuchen, in diese West-Ost-Kooperation auch Osteuropa stärker miteinzubeziehen in dem gleichen Verständnis, wie das bei uns sich vom Westen her entwickelt hat in der Verknüpfung zwischen der parlamentarischen Ebene, als der gouvernementalen Ebene, und der Ebene der Civil Society. Nun können wir natürlich nicht Osteuropa, und da hat Horst Ehmke recht, unsere Auffassung aufstülpen. Das kann gar nicht unsere Aufgabe sein, weil wir ja immer mit bedenken müssen, daß es bei diesem Prozeß auf längere Sicht zu Widersprüchen kommen wird. Das sehen wir jetzt gerade in der DDR und anderswo in Osteuropa. Das wird immer so bleiben, solange diese Widersprüche nicht aufgelöst werden durch eine andere von allen gemeinsam durchgeführte und durchgesetzte Konzeption für das gesamte Europa. Wir müssen uns nur darauf einrichten, diese Widersprüche von uns aus nicht nur zu erkennen, sondern sie mit friedlichen Mitteln gemeinsam zu bewältigen. Die Frage ist, wie können wir in der transitorischen Phase, die sich jetzt anbahnt, wo die beiden Supermächte nicht mehr den großen Einfluß haben auf das, was in Europa selber geschieht, wie können in dieser Zwischenphase auch institutionelle Entwicklungen in Osteuropa von uns ergänzt und unterstützt werden? Beispielsweise dadurch, daß europäische Institutionen gegründet werden - mit so ganz einfachen Sachen fängt es an: wie dieses vom Europarat gegründete Osteuropäische Institut. Wie kann man erreichen, daß auch Forscher und Institutionen aus Osteuropa mit daran beteiligt und an diesem Institut von vornherein einbezogen werden als gleichberechtigte Partner, um

zu versuchen, ein gemeinsames Europa zu bauen. Das ist ein Moment in diesem Ablösungsprozeß von der Abschreckung hin zu einem anderen neuen System, um die Brüche, die da notwendigerweise folgen könnten, zu vermeiden. Ich wünsche mir, daß die Friedensbewegung das erkennt, daß es diese Brüche gibt. Sie ist sich dessen bewußt und hilft, diese Brüche nicht zu verstärken, nicht zu vergrößern, nicht zu verschärfen, sondern durch ihr eigenes Verhalten und durch die Methoden ihres Verhaltens, sich an diesem Prozeß konstruktiv zu beteiligen.

Kritik an der Abschreckungspolitik ernst nehmen

Die Behauptung, die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien seien sich einander in ihren Positionen so nahegekommen, ist vielleicht nicht ganz ernst gemeint. Man sollte doch offen sagen, daß es bei uns eine Reihe von Unterschieden gibt. Die klangen auch hier durch in den Beiträgen von Mike Gapes, Karsten Voigt und Horst Ehmke. Es gibt so etwas wie Grundtendenzen, die ich beschreiben würde, mit linkem Atlantizismus und linkem Gaullismus. Man sollte nicht glauben, daß dies bereits zum Konsens geführt hat. Die Friedensbewegung hat sicherlich einige Augen und Ohren geöffnet durch die prinzipielle Infragestellung von dem, was man bislang mit Abschreckung bezeichnet hat: Kern ihrer Kritik ist nicht die Vorstellung von politischer Abschreckung als, sagen wir, letzte Sicherheitsreserve, sondern die Weiterentwicklung der Abschreckung zu immer mehr Kriegsführungsfähigkeit, zu immer mehr Differenziertheit beim Einsatz von Nuklearwaffen, um Abschreckung als solche glaubwürdig zu machen. Es bleibt unglaubwürdig, Atomwaffen einsetzen zu wollen, wenn sie zur Selbstvernichtung führen. Deshalb versuchen die Strategen seit Jahren, und die Technologie hilft ihnen dabei, die Nuklearwaffen immer weiter zu perfektionieren, damit sie im Endeffekt doch glaubhaft einsetzbar werden. Dies ist das eigentliche Dilemma, das innerhalb der sozialdemokratischen Partei durchaus erkannt und bedacht wird.

Wenn man die Kommentare von Herrn Mitterrand zur Flexible Response nimmt und Äußerungen, die Mitterrand in Richtung auf ein Umdenken auch in Frankreich macht, wie dies Horst Ehmke beschrieben hat, dann zeigt sich allerdings ein wachsender Konsens. Karsten Voigt sagte, die Unfähigkeit zur Kriegsführung müßte man durch eine neue Politik beantworten. Das Problem aber ist, daß die Konservativen immer noch dazu tendieren, diese Unfähigkeit zur Kriegsführung durch neue technologische Mittel im Bereich der Waffen und der strategischen Konzeptionen erneut zu unterlaufen. Das Papier der Iklé-Kommission, bringt das zum Ausdruck. Danach seien im Endeffekt Kriege nicht vermeidbar, man müsse nur sehen, das man sie noch führen kann.

Über den Umweg eines wachsenden Konsenses in der Infragestellung der bisherigen Herangehensweise in der Sicherheitspolitik in Richtung auf gemeinsame Sicherheit, liegt eigentlich der Umdenkungsprozeß, der innerhalb der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas begonnen hat. In diesem Prozeß wird auch in Osteuropa das traditionelle sicherheitspolitische Denken überwunden. Gemeinsame Sicherheit wird nicht mehr nur als Phrase verwendet, sondern mit konkreten Vorstellungen und Angeboten verbunden. In dem Maße reduziert sich natürlich auch die Legitimation für den traditionellen Ansatz nuklearer Abschreckung. Im Endeffekt führt das meiner Meinung nach auch dazu, daß sich die Unterschiede in diesen - ich sage jetzt mal pro-gaullistischen oder pro-atlantizistischen - Ansatz durchaus nivellicieren. In dem Maße nämlich, indem in den USA, Mike Gapes sprach das an, bei den Demokraten, aber nicht nur bei denen, eine weitaus größere Offenheit für ein strategisches Umdenken wächst. Im übrigen sind ja die USA, wie dies Horst Ehmke auch erwähnte, aufgrund der Verhandlungen über strategische Waffen gezwungen, überhaupt über globale strategische Stabilität nachzudenken. Und das ist ein Element von gemeinsamer Sicherheit. Ein sicherheitspolitisches Umdenken in den in den USA und der intensive Ost-West-Dialog über Sicherheitsfragen, wird dazu führen müssen, daß sich auch in Frankreich etwas ändern. Denn eine derart konservative Position, die darauf beharrt, daß, egal, was sonst auf der Welt passiert, die nukleare Abschreckung das A und O der Sicherheit sei, wird sich nicht aufrecht erhalten lassen, wenn die Legitimation für eine solche Politik in ganz Europa schwindet.

Maria Hajek

Mit der Friedensbewegung sind die Menschenrechte verbunden

Liebe Freunde. Ich möchte Ihnen sagen, ich bin stolz darauf, daß ich zu Ihnen sprechen kann. Ich wollte mich sehr bedanken im Namen meines Mannes und in meinem Namen für die Einladung, die uns zukam. Und wir waren sehr froh, daß wenigstens ich teilnehmen konnte, obwohl ich meinen Mann nicht vertreten kann. Mit diesem Dank verbindet sich eine große Bürde. Die Alternative zur Aufrüstung kann nur ein aktiver Friede sein, eine Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil. Er wird neue Strukturen verlangen, eine neue Entwicklung, nicht nur in der Ökonomie, die hier schon angesprochen wurde, aber auch in der Politik, damit auf beiden Seiten nicht die Entwicklung gehemmt wird, sondern - hier ist die Dialektik -, beeinflusst, damit auf beiden Seiten die Entwicklung vorangeht.

Natürlich sind mit der Friedensbewegung die Menschenrechte verbunden. Bei uns können nicht alle Menschen so arbeiten, wie sie möchten und wie sie könnten. Es gibt in Mitteleuropa ein sehr intelligentes Volk mit großer Bildung und trotzdem müssen Doktoren und Professoren Fenster waschen und polieren, damit sie ihren Lebensunterhalt verdienen. Ihr müßt diese Menschen miteinschließen in diesen Entwicklungsprozeß. Sie haben große Vorkämpfer. Herr Brandt war der erste beharrendste Kämpfer für diese Ost-West-Beziehungen. Wir lieben Herrn Brandt, und wir haben eine Hochachtung vor ihm. Nochmals viele Grüße von meinem Mann. Er wäre so gerne gekommen, er hat mir traurig nachgeschaut. Und das nächste mal wird er kommen. Aber das hängt von uns allen ab. Danke schön.